

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

RUB Bochum
Gesch.
S 203426ROTER
MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 32 vom 7. August 1981

15. Jahrgang

1 DM

Bundeshaushalt 1982

Kriegserklärung an die Werktätigen

Sozialabbau und Steuererhöhungen

BONN. — „Ein ausgewogenes Programm, das auf alle Gruppen der Bevölkerung verteilt wird.“ Mit diesen Worten stellte Bundeskanzler Schmidt letzte Woche die Beschlüsse seines Kabinetts zum Bundeshaushalt 1982 vor. Unverschämter geht es wirklich nicht mehr.

Denn was sich in der Bonner Diskussion der letzten Wochen schon ankündigte, ist jetzt Wirklichkeit geworden: Keineswegs „alle Gruppen“, sondern ausschließlich die Werktätigen sollen für die Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen bluten. Tief haben die Bonner Sparkommissare in das sogenannte soziale Netz eingeschnitten. Allein der Raub am sozialen Besitzstand der Werktätigen soll im nächsten Jahr zusätzlich etwa 15 Milliarden Mark in die Staatskasse bringen. Zahlen müssen gerade diejenigen, auf deren Schultern eh schon die Last der kapitalistischen Krise besonders schwer drückt: die Arbeitslosen, Rentner, Kurzarbeiter; die werktätigen Empfänger

von Kindergeld und die Angehörigen der unteren Gehaltsgruppen im öffentlichen Dienst; die kleinen Bauern und die Kriegsgesellen.

Diejenigen aber, die über Jahrzehnte hinweg die Staatskasse systematisch geplündert haben, die für die Krisen und für die Bonner Haushaltsmisere verantwortlich sind — sie gehen bei der Verteilung der Lasten nicht nur leer aus. Für sie werden sogar noch neue Geschenke im 82er Sparhaushalt bereitgehalten: Steuererleichterungen für die Kapitalisten allgemein und für die Rüstungskonzerne wieder einmal ein ganz besonderes Geschenk — der Militärbudgethaushalt nämlich ist vom Rotstift verschont geblieben; er

wird im Gegenteil um 4,2 Prozent aufgestockt.

Und neben dem brutalen Sozialabbau werden die Werktätigen auch noch durch höhere Steuern geschröpft. Daß die Wahlversprechungen der bürgerlichen Parteien über kurz oder lang gebrochen werden, daran sind die Werktätigen in der Bundesrepublik schon lange gewöhnt. Die Schmidt und Matthöfer aber haben den schamlosen Betrug auf die Spitze getrieben. Noch vor wenigen Wochen wurden alle Pläne für Steuererhöhungen in den nächsten beiden Jahren energisch bestritten. Und jetzt wird die Tabaksteuer aufgestockt, soll mit der sogenannten Ergänzungsabgabe eine Sondersteuer geschaffen werden, die gerade die unteren Einkommensschichten unerträglich belasten würde.

Wenn Schmidt jetzt von der angeblichen Ausgewogenheit seines Sparhaushalts, vom Verteilen auf alle Gruppen der Bevölkerung spricht, dann ist das Fortsetzung auf Seite 2



Der „Schwarze Block“ — eine angeblich „terroristische Vereinigung“ — wird zwar in den letzten Tagen von der Polizei immer wieder hochgespielt, existiert jedoch nur in der Phantasie der von Bundesanwalt Rebmann kommandierten Staatsschützer. 1200 Menschen demonstrierten am 1. August in Frankfurt gegen den Versuch, unter einem neuen Vorwand demokratische Bewegungen zu kriminalisieren. Mit satirischen Mitteln stellten sie die Absichten der Polizei bloß. Unter anderem führten sie einen großen schwarzen Block aus Pappe mit (siehe Foto). Die schwerbewaffnete Polizei provozierte im Anschluß an die Demonstration gewalttätige Auseinandersetzungen.

Zur Begründung dreiste Lügen

Neue Benzinpreiserhöhung — Olmultis bereichern sich schamlos

HAMBURG. — Die neueste der allmonatlichen Preiserhöhungen von Benzin hat zwei Besonderheiten: Sie wurde erst am Tage des Vollzugs bekanntgegeben und mit der Deutschen Shell AG geht diesmal ein Multi dem Kartell voran, der wesentlich an der einheimischen Ölförderung beteiligt ist.

Die Begründung für die neueste Preiserhöhung klingt heute schon stereotyp: der Dollarkurs und die Verluste. Nun war es so, daß ausgerechnet Shell zu den Hauptprofiteuren jener Windfall-Profiten zählt, die mit einheimischen Ölgemacht werden und in diesem Jahr, nach Angaben des BP-Topmanagers Buddenberg, rund fünf Milliarden Mark ausmachen.

Solche Gewinne werden in den öffentlichen Verlustrechnungen — nach denen die Herren der Multis schon längst im Armenhaus sitzen müßten — nicht mitgezählt. Dieser Gewinn ist sozusagen „Shell spezial“.

Aber auch die anderen Ölmultis ziehen nach. Darunter auch die Exxon, die laut eigen

ner Aussage von April bis einschließlich Juni dieses Jahres, in drei Monaten also, weltweit einen Profit von 4,4 Milliarden Mark erzielt hat.

Wie hemmungslos die Ölmultis vorgehen, zeigt sich auch am österreichischen Beispiel. Dort gibt es noch den staatlich festgesetzten Benzinpreis und der ist ihnen ein Dorn im Auge. Deshalb wird jetzt massiv die Freigabe der Preisgestaltung gefordert, weil man sonst aus Italien nicht mehr anliefern könne. Der Österreichische Gewerkschaftsbund, der maßgeblich am Zustandekommen der Preisbindung beteiligt war, die die Teuerung wenigstens einigermaßen in Grenzen hielt, hat bereits Protestaktionen vorbereitet...

Diese Woche

Job-Sharing

Immer lauter fordern Unternehmerverbände und CDU-Politiker die Einführung dieser amerikanischen Methode der Arbeitsverteilung auch bei uns. Warum die Gewerkschaften das Job-Sharing zu Recht ablehnen, ist auf Seite 4 zu lesen.

DGB und Friedenskampf

Die DGB-Führer sind bei ihrem Versuch, den Funktionären das Unterschreiben von Friedenserklarungen mit Angabe der Funktion zu verbieten, auf Widerstand gestoßen — beim Betriebsrat des DGB. Artikel auf Seite 5.

CS-Gas

Um der Ausrüstung der Polizei mit CS-Gas den Boden zu bereiten, versuchen reaktionäre Kräfte, diesen Giftkampfstoff zu verharmlosen und als ungefährlich hinzustellen. Seite 7.

39-Stunden-Woche

Auf Druck der Werktätigen hat die neue französische Regierung Schritte zu einer Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit eingeleitet. Seite 11.

Weinberger: Sozialausgaben weiter-senken — noch mehr für Rüstung

USA verstärken Druck auf Bonn

BONN/WASHINGTON. — Immer dreister werden die Vorstöße der Reagan-Regierung, die Regierungen der anderen NATO-Staaten zu einer Steigerung der Militärausgaben zu zwingen, die das jetzt schon unerträglich hohe Niveau noch übersteigt. US-Kriegsminister Weinberger kritisierte am Wochenende die „ungenügenden Rüstungsleistungen“ ausgerechnet der Bundesrepublik und forderte weitere drastische Einsparungen im Sozialhaushalt zugunsten der NATO-Rüstung.

Man glaubt nicht richtig zu hören. Da befindet sich die Bonner Regierung im Frontalangriff auf die Lebenslage unseres Volkes, während eine Milliarde nach der anderen in die Rüstung gepumpt wird, da versucht sie mit allen Mitteln der Stationierung neuer US-Atomraketen den Boden zu bereiten — und all das reicht den Reagan-Leuten noch nicht!

Bezeichnenderweise bedienen sie sich des CDU-Politikers Wörner, um ihrer „Enttäuschung und Verbitterung“ Ausdruck zu verleihen. Dieser nahm die Möglichkeit, die Oppositionsparteien als die „besseren Partner“ der USA herauszustellen, dankend an.

Wenn die Amerikaner ihrem

Volk derartig hohe Opfer zumuten, „um Europa zu verteidigen“, so ließ Weinberger verlauten, dann sollten doch die europäischen Völker zu ebenso großen Opfern bereit sein (bzw. dazu gezwungen werden!).

Dazu gäbe es viel zu sagen. Wir jedenfalls bekunden unsere Solidarität mit der werktätigen Bevölkerung der USA gegen die Ausplünderungspolitik Reagan. Und auf den „Schutz“ der US-Waffen verzichten wir! Die „Verteidigung Europas“ ist nicht ihr Ziel. Diese „Verteidigung“ bringt den Völkern soziales Elend und die Garantie des Atomtods!

Ami go home!
Westdeutschland raus aus
der NATO!

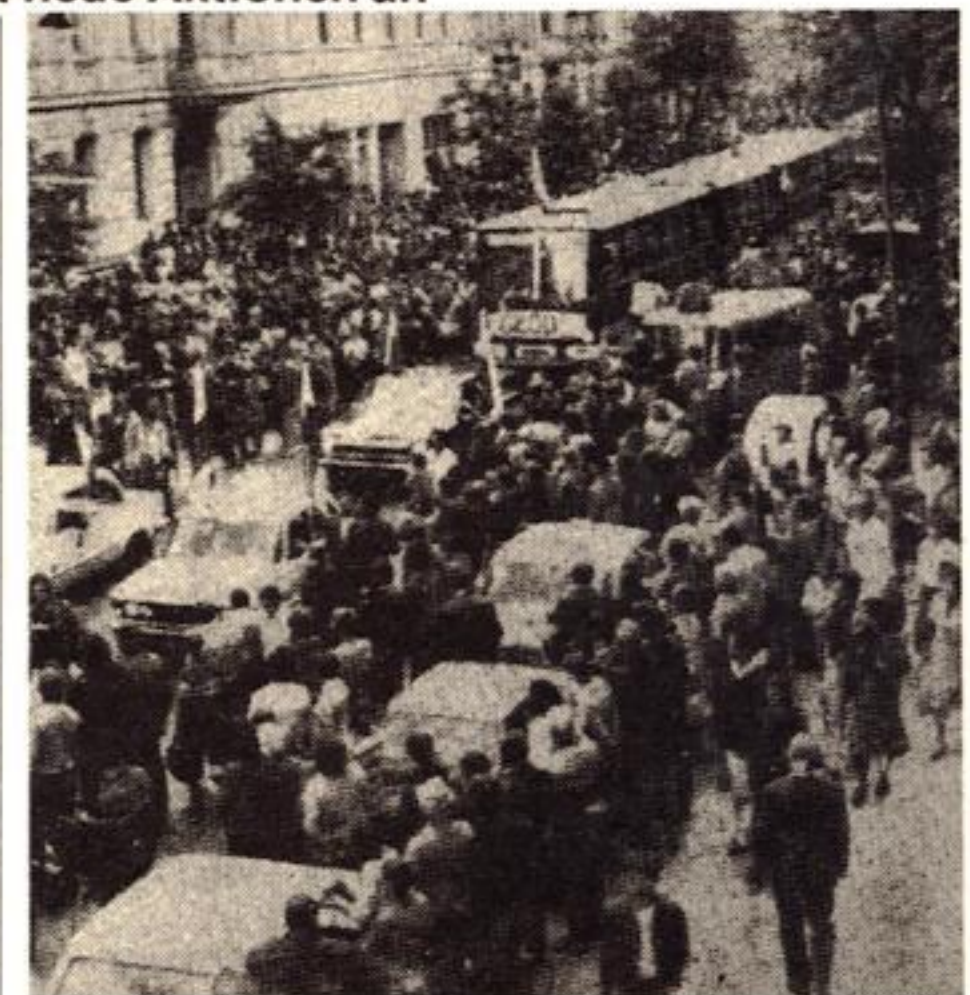
WARSCHAU. — In Polens Städten gehen immer mehr Werktätige zu Hungerdemonstrationen auf die Straße, um gegen die katastrophale Versorgungslage zu demonstrieren. Die Gewerkschaft Solidarität hat neue Demonstrationen und auch Warnstreiks angekündigt.

Eine immer größere Zahl von Bezirksorganisationen der Gewerkschaft spricht sich unterdessen für die Durchführung eines 24stündigen Generalstreiks noch in diesem Monat aus. Die Versorgung der Bevölkerung in Polen steht kurz vor dem endgültigen Zusammenbruch. Inzwischen sind nahezu alle Grundnahrungsmittel rationiert — darunter Fleisch, Butter, Mehl, Nahrungsmittel und Zucker. Und die Rationen werden ständig gekürzt, so etwa jetzt die Fleischzuteilung von 3,7 auf 3 kg pro Monat.

Die revisionistische Warschauer Parteiführung will zu Beginn des nächsten Jahres überdies Preiserhöhungen

Solidarität kündigt neue Aktionen an

durchsetzen, wie es sie selbst in Polen noch nicht gegeben hat. Um bis zu 400 Prozent sollen die Lebensmittelpreise steigen — und das bei gleichzeitig eingefrorenen Löhnen. Angesichts dieser brutalen kapitalistischen Krisenpolitik ist es ein Hohn, wenn das Politbüro der polnischen Partei am Wochenende gegen die Aktionen der Werktätigen hetzte und behauptete, von ihnen ginge „eine große Gefahr für unser Land“ aus. Schließlich sind es nicht die Arbeiter, sondern die Bonzen, die Polen ruiniert haben. Und die „große Gefahr“ geht nach wie vor von den Moskauer Oberherren aus, die seit Monaten unvershüllt mit militärischen Aggressionen drohen.



Hungermarsch in Lodz

Katalog der Grausamkeiten

Fast 150 Positionen umfaßt die vom Bonner Kabinett beschlossene Sparliste. Im folgenden sind einige Positionen daraus angeführt, die deutlich machen, wie tief die Einschnitte in das sogenannte soziale Netz gehen. In Klammern die Einsparungen in Millionen Mark. Die Angaben sind der „Frankfurter Rundschau“ vom 1. August entnommen.

Arbeitslosenversicherung

Verschärfung der Vorschriften über die zumutbare Arbeit (150)

Verlängerung der Sperrzeiten bei selbstverschuldeter Arbeitsaufgabe oder Ablehnung einer zumutbaren Beschäftigung von 4 auf 6 Wochen (125)

Verschärfung der Rechtsfolgen bei Verletzung der Meldepflicht ohne wichtigen Grund, anstelle der Kürzung des Anspruchs um 6 Tage Versagung des Anspruchs für 2 Wochen (30)

Begrenzung der Arbeitslosenhilfe auf Angehörige der Solidargemeinschaft (470)

Berücksichtigung des Arbeitslosengeldes, Kurzarbeitergeldes, Schlechtwettergeldes und der Arbeitslosenhilfe im Lohnsteuerjahresausgleich (128)

Erhöhung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags von 3 auf 3,5 Prozent (2600).

Berufliche Bildung

Herabsetzung des „großen“ Unterhaltsgeldes von 80 auf 68 Prozent des ausfallenden Nettolohns für Teilnehmer ohne Kinder, für alle übrigen auf 75 Prozent (70).

Umstellung des Unterhaltsgelds vom Zuschuß auf Darlehen bei der sogenannten Zweckmäßigkeitfortbildung und ihre Beschränkung auf Fälle, in denen berufsbegleitende Maßnahmen nicht möglich sind (445).

Beseitigung des Unterhaltsgelds für Nichtbeitragszahler in sogenannten Notwendigkeitsfällen (150).

Begrenzung des Umfangs der beruflichen Bildungsmaßnahmen, Anspruch auf berufliche Bildung besteht nur in Einrichtungen, deren Kosten angemessen sind (300).

Beschränkung des Einarbeitungszuschusses auf Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar Bedrohte (60).

Berufliche Rehabilitation

Verringerung des Übergangsgeldes von 100 auf 90 Prozent der Nettoeinkünfte (40).

Abschlag von 15 Prozentpunkten beim 90prozentigen Übergangsgeld für Berechtigte, die nicht pflegebedürftig sind bzw. keine unterhaltspflichtigen Kinder haben (20).

Übergangsgeld nur für Behinderte, die in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Maßnahme mindestens zwei Jahre beitragspflichtig waren (70).

Begrenzung der Leistungen an Werkstätten für Behinderte (120).

Begrenzung des Umfangs der Rehabilitationsmaßnahmen (250).

Förderung der Arbeitsaufnahme

Herabsetzung des Höchstbetrags der Eingliederungsbeihilfe von 80 auf 70 Prozent und der Regelförderung von 60 auf 50 Prozent des tariflichen Arbeitsentgelts, weitere Verringerung spätestens nach sechs Monaten um mindestens 10 Prozentpunkte (30).

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Einschränkung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bei Aufgaben der öffentlichen Hand und bei den sozialen Diensten, Ausschuß von Regionen mit guter Beschäftigungslage (300).

Kurzarbeitergeld

Saldierung von Kurzarbeit und Überstunden beim einzelnen Arbeitnehmer (30).

Wegfall des Kurzarbeitergeldes, wenn die Zahl der von der Gesamtbetriebschaft eines Betriebes geleisteten Arbeitsstunden die Gesamtzahl der Arbeitsstunden um weniger als 3 Prozent unterschreitet (40).

Rentenversicherung und Krankenversicherung

Einschränkung bei den Kuren, insbesondere Beseitigung von Kuren zur Erhaltung der Arbeitskraft (400 Rentenversicherung, 200 Krankenversicherung).

Wegfall der Versicherungsfreiheit für geringfügige Beschäftigungen (600 Rentenversicherung, 250 Krankenversicherung).

Bekämpfung der illegalen Beschäftigung durch gesetzliche Maßnahmen bei Leih- und Schwarzarbeit (300 Rentenversicherung, 180 Krankenversicherung).

Kriegsopfer, Behinderte, Knappschaft

Bundesarbeitsministerium bereitet einen Gesetzentwurf bis 2. September vor für Einsparungen bei Kriegsopfern (325) und bei der Knappschaft (30).

Strengere Handhabung des Anerkennungsverfahrens für Behinderte bei Ausweisverlängerung.

Studenten

Verminderung der Zuschüsse zur studentischen Krankenversicherung (40).

Mutterschaftsgeld

Beseitigung von Mißbrauch (20).

Landwirtschaft

Herabsetzung der Bundeszuschüsse zur Altershilfe für Landwirte (210) und zur Unfallversicherung (60).

Wohngeld

Kürzung der Wohngeldausgaben um 7,5 Prozent, eventuell lineare Kürzungen (83).

Wehrpflichtige

Wegfall der Sparförderung für Wehrpflichtige.

Öffentlicher Dienst

Verschiebung der Besoldungserhöhungen um drei Monate (200).

Verlängerung der Dienstaltersstufen von zwei auf drei Jahre (17).

Wegfall des Verheiratenanteils im Ortszuschlag bei Doppelverdienern (130).

Einschränkung bei den Beihilfen (30).

Kriegserklärung an die Werktätigen

Fortsetzung von Seite 1

nicht nur eine Verhöhnung derjenigen, die jetzt tatsächlich alle Lasten tragen müssen. Es ist angesichts der erdrückenden Tatsachen auch ein wahrhaft kläglich Versuch, die wahre Stoßrichtung seiner Haushaltspolitik als Generalangriff auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Menschen, als Kriegserklärung an die Werktätigen zu verschleiern. Schmidts Finanzminister Matthöfer ist — was diese Stoßrichtung betrifft — keineslich offener gewesen als sein Chef.

Bei der Vorstellung des Haushalts vor der SPD-Fraktion stellte Matthöfer die folgenden grundsätzlichen Gesichtspunkte heraus:

- Es müsse in Frage gestellt werden, ob es überhaupt noch sinnvoll sei, soziale Leistungsansprüche unbegrenzt dynamisch fortzuschreiben.

- Es käme jetzt darauf an, „die Sozialprodukte stärker zugunsten investiver Verwendungen umzuschichten.“

- „Wir müssen uns um Instrumente bemühen, die von der Wirtschaft auch wirklich aufgegriffen werden können. Für die

natürlich die untersten Einkommensschichten am härtesten betroffen sind.

Genauso ist es in der Landwirtschaft, wo die beschlossenen Kürzungen bei der Alters- und Unfallversicherung gerade die kleinen Bauern belasten werden. Genauso ist es im öffentlichen Dienst, der nun das lange propagandistisch vorbereitete Sonderopfer bringen soll. Die Kürzungen beim Ortszuschlag um etwa 100 Mark monatlich wird natürlich nur bei den Arbeitern, kleinen Angestellten und Beamten empfindlich zu Buche schlagen, während die höheren Bürokraten diese Kürzung leicht wegstecken können — zudem bleiben ja auch ihre sonstigen Privilegien unangetastet.

In Bezug auf den öffentlichen Dienst zeigt sich außerdem, daß in der jetzt vorgelegten Strategie der Bundesregierung Elemente stecken, die weit über das rigorose Zusammenstreichen von sozialen Leistungen hinausgehen. So ist etwa ein Lohnstopp für den öffentlichen Dienst vereinbart worden — ein unverhüllter Angriff auf die Tarifautonomie nicht nur in die-

rungen Apels gemacht, der runde 4 Milliarden zusätzlich haben wollte. Nach den jetzigen Planungen wird der Militärausgaben gegenüber diesem Jahr „nur“ um 2,2 Milliarden Mark aufgestockt, was einer Erhöhung der Rüstungsausgaben um 4,2 Prozent entspricht. Aber selbst das ist den amerikanischen „Freunden“ und der Strauß-Partei noch zu wenig. Schon jetzt hat der Streit um eine noch drastischere Steigerung des Rüstungshaushalts begonnen. Hier ist sicher das letzte Wort noch nicht gesprochen. Der nächste Nachtragshaushalt kommt bestimmt!

Das letzte Wort ist auch beim brutalen Abbau der Sozialleistungen noch nicht gesprochen. Schon kündigte die FDP-Finanzexpertin Matthäus-Meier an: „Um das gesteckte Volumen von rund 20 Milliarden (Einsparungen im Haushalt — Red.) zu erreichen, werden wir sicher noch eine Runde brauchen.“ Und Außenminister Genscher erklärte am Wochenende: „Über den besten Weg zur notwendigen Belebung der Wirtschaft wird in den nächsten Wochen intensiv nachgedacht werden müssen. Ob dies über eine Ergänzungsabgabe, sprich Steuererhöhung, erfolgen kann, muß sehr genau geprüft und in allen Auswirkungen bedacht werden.“

Damit hat Genscher auch den Punkt markiert, an dem es jetzt zu Auseinandersetzungen

leichterungen durch Verbesserung der degressiven Abschreibung, gezielte Förderung notleidender Branchen und Industriestandorte, daneben auch einige staatliche Investitionsprogramme, etwa im Bereich des Wohnungsbaus und der Wasserwirtschaft.

Natürlich wehrt sich die FDP nicht gegen die Tatsache, daß den Kapitalisten ein solches Milliarden Geschenk zugeschoben wird. Sie will es nur anders finanzieren als die SPD, nicht über die Ergänzungsabgabe, sondern — wie es Genscher in der oben angeführten Stellungnahme andeutete — durch weitere Streichungen bei den Sozialleistungen, wobei unter anderem auch die Kürzung des Arbeitslosengeldes nach wie vor zur Diskussion steht.

Daß man sich aber im Grundsätzlichen einig ist, machte auch der Beschluß deutlich, der im Kabinett über diesen Streitpunkt gefaßt wurde: Die Minister Matthöfer und Lambsdorff wurden beauftragt, „Maßnahmen zu untersuchen, die man ergreifen kann, um zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beizutragen.“ Von irgendwelchen Auflagen an die „deutsche Wirtschaft“, Arbeitsplätze zu erhalten oder neue zu schaffen, ist hier nicht die Rede. So bringt gerade dieser Kabinettsbeschluß die Sache noch einmal auf den Punkt: **Ob Ergänzungsabgabe oder weiterer**



Wirtschaft sind Rahmenbedingungen wichtig — Wechselkurs, Zinssätze, Kapitalmarkt, Steuerbelastung und ergänzende Anreize zur Energieeinsparung und Innovation.

Wie man sieht, dreht sich die Überlegung des Finanzministers keineswegs darum, Wege für eine „gerechte“ Verteilung der Lasten zu finden, sondern ausschließlich um Möglichkeiten einer Umverteilung des sozialen Besitzstands der Werktätigen zugunsten einer staatlichen Förderung der Unternehmer-Investitionen. Und es ist bezeichnend, daß vor wenigen Wochen — zur gleichen Zeit, als Matthöfer die hier angeführten Überlegungen vortrug — der Kapitalistenverband BDI mit seinen Forderungen zur Haushaltspolitik an die Öffentlichkeit trat, die sich mit der Matthöferschen Strategie fast nahtlos decken. Kernpunkte der BDI-Forderungen: Abbau der sozialen Leistungen (die Bosse nennen das mit kaum zu überbietendem Zynismus „Abbau sozialer Bevormundung des Bürgers“) und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch private und flankierende öffentliche Investitionen.

Was den Sozialabbau betrifft, so sind bis jetzt in verschiedenen Bereichen schon vollendete Tatsachen geschaffen worden. So etwa beim Kindergeld, wo 1,5 Milliarden Mark gestrichen werden sollen. Wie das im Einzelnen geschieht, wird in den nächsten Wochen von einer Expertengruppe ausgearbeitet. Sicher ist jedoch schon, daß hier — wie auch in den anderen Bereichen — der unsozialste Weg beschritten wird. Das heißt, es gibt eine lineare Streichung, bei der dann

sem Bereich. Denn in den Koalitionsverhandlungen über diesen Punkt ist ausdrücklich vereinbart worden, daß man nicht nur einen halbjährigen Lohnstopp im öffentlichen Dienst durchsetzen, sondern gleichzeitig darauf hinwirken will, auch in der gewerblichen Wirtschaft einer gleichlange „Lohnpause“ zu erzwingen.

Hier ist also höchste Wachsamkeit notwendig. Heute schon kann abgesehen werden, daß die endgültigen Haushaltsberatungen im Herbst übergehen werden in massiven Druck auf die Gewerkschaften, um einen solchen Lohnstopp oder doch zumindest „Zurückhaltung“ bei den Tarifverhandlungen (sprich: weiteren Abbau der Reallohne) zu erreichen.

Unabsehbare Folgen für die Werktätigen wird die im Rahmen der Haushaltsplanung vorgesehene Sanierung des Defizits von ca. 10 Milliarden Mark bei der Bundesanstalt für Arbeit haben. Ein Drittel dieses Defizits soll durch brutale Streichungen bei den Leistungen für Arbeitslose und Umschüler ausgeglichen werden (siehe Kasten auf dieser Seite). Ein weiteres Drittel wird durch einen haushälterischen Trick aufgebracht: Die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei gleichzeitiger Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung. **Damit wird aber nur das Defizit umgeschichtet und der Weg für einen neuerlichen Raub an den Altersrenten gebahnt.**

Glaubt man der Bonner Propaganda, dann ist im 82er Haushalt der Rotstift auch bei den Militärausgaben angesetzt worden. Aber diese Behauptung ist ein allzu durchsichtiges Manöver. Denn Abstriche wurden nur bei den ursprünglichen Forde-

zwischen den beiden Koalitionsparteien um die Haushaltspolitik gekommen ist. Die SPD hat die Erhebung einer sogenannten Ergänzungsabgabe gefordert, eines 6prozentigen Zuschlags auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer. Willy Brandt hatte vor allem diese Forderung vor Augen, als er zu Beginn der Haushaltsdiskussion tonte: „Starke Schultern können mehr tragen als schwache Schultern.“

Ursprünglich gab es innerhalb der SPD die Vorstellung, diese Ergänzungsabgabe ausschließlich bei den Beziehern höherer Einkommen zu erheben. Aber davon ist inzwischen nichts mehr übrig geblieben. Jetzt sollen alle zahlen, womit es dann auch hier wieder die „schwachen Schultern“ der **Werktätigen sind, auf die der Löwenanteil der finanziellen Belastung durch diese Sondersteuer abgewälzt werden soll.** Im Widerspruch zwischen Brandts großspurigen Worten und den tatsächlichen Ergebnissen der Haushaltsplanung offenbart sich der ganze Bankrott sozialdemokratischer Politik.

Da konnte es sich sogar der FDP-Innenminister Baum leisten, darüber zu spotten, er finde es „fast schon komisch“, daß ausgerechnet Sozialdemokraten auf die Idee kommen, „dem Arbeitnehmer Geld aus der Tasche zu ziehen und es den Unternehmern zuzubuttern.“ Was dieses Zubuttern angeht, so hat der FDP-Mann den Zweck der Ergänzungsabgabe ganz richtig benannt. Denn mit ihr soll ein sogenanntes Beschäftigungsprogramm finanziert werden, das hauptsächlich in zusätzlichen Geschenken an die Kapitalisten besteht: Steuerer-

Sozialabbau — es geht hier in jedem Fall darum, den Werktätigen zusätzliche Milliarden abzupressen, die in die Taschen der Unternehmer fließen sollen.

Den arbeitenden Menschen nehmen — den Reichen geben: Das ist Motto der gesamten Haushaltsplanung. In solch infamer Weise hat noch keine Regierung in der Geschichte der Bundesrepublik die Umverteilung der Einkommen zugunsten des Kapitals besorgt. Und während die Sozialleistungen für die Opfer des letzten Krieges zusammengestrichen werden, fließen neue Milliardenbeträge in die Vorbereitung eines neuen Krieges. Dieser Haushalt ist in jeder Hinsicht ein Generalangriff auf den Besitzstand und die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen, eine Kriegserklärung an die Werktätigen.

Und da ist es wahrlich empörend, daß ausgerechnet die Führer der Gewerkschaften nur flauere Erklärungen zu diesem Generalangriff abgegeben haben. Die Beschlüsse des Bonner Kabinetts wären „unbefriedigend“ — das war alles, was man aus der DGB-Zentrale zu hören bekam. Sollte sich tatsächlich bewahrheiten, was ein Teilnehmer an den Gesprächen zwischen Regierung und Gewerkschaftsführung (die vor den Haushaltsberatungen stattfanden) sagte: „Die Gewerkschaften sind Schmidts stärkster Rückhalt.“ Eine Kumpanei, ein Stillhalteabkommen zwischen Bonn und der DGB-Spitze — das darf nicht durchgehen. Vor allen Gewerkschaften steht jetzt die Aufgabe, den Vetter, Loderer, Hauenschild usw. klarzumachen, daß der DGB den Generalangriff des Kapitals und seiner Bonner Regierung zurückkämpfen muß.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

Stellungnahme der KPD zu den Vorschlägen des DGB-Bundesvorstandes zur Haushaltsfinanzierung

Alle Bonner Parteien sind sich mit den Unternehmerverbänden einig: Das Riesenloch im Bonner Staatshaushalt soll der kleine Mann bezahlen. Gestrichen bzw. eingeschränkt werden sollen Sozialleistungen, für deren Verwirklichung die Gewerkschaften zum Teil jahrzehntelang gekämpft haben.

In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Schmidt hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Heinz O. Vetter kürzlich Vorstellungen, Forderungen und Vorschläge des DGB-Bundesvorstandes zur Finanzierung des Bundeshaushaltes 1982 dargelegt.

Wer ist für die Staatsverschuldung verantwortlich?

Völlig zu Recht wendet sich Heinz O. Vetter gegen die unerträgliche Hetze, die von Unternehmerseite, nicht minder aber von der Regierungskoalition und der CDU/CSU unter dem Stichwort „Mißbrauch von Sozialleistungen“ gegen die Arbeiter und Angestellten, vor allem gegen unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen veranstaltet wird. Dieser zynischen Hetze gilt es allerdings entgegenzutreten. Nur wie Heinz O. Vetter das tut, ist gelinde gesagt halbesiden:

„Der DGB hat unmißverständlich seine Bereitschaft erklärt, an der Beseitigung tatsächlicher Mißstände bei der Verwendung öffentlicher Mittel konstruktiv mitzuwirken. Diese Bereitschaft gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, daß in allen Bereichen nach dem gleichen Grundsatz Mißbräuche beseitigt werden. Eine einseitige Konzentration auf den Sozialleistungsbereich wird vom DGB abgelehnt.“

So sehr wir die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstandes gegen die „Mißbrauchshetze“ unterstützen, so wenig können wir uns mit dem Angebot einverstanden erklären, „konstruktiv bei der Beseitigung tatsächlicher Mißbräuche mitzuwirken“. Diese „konstruktive Haltung“ geht uns gegen den Strich. Es kann doch nicht die Aufgabe der Gewerkschaften sein, sich auch nur eine Sekunde darüber den Kopf zu zerbrechen, ob es auch Kolleginnen und Kollegen gibt, die etwas außerhalb des vorgesehenen Rahmens ein paar Mark vom Arbeitsamt kriegen.

Jeder weiß, daß es das gibt. Jeder weiß auch, daß bei einem beträchtlichen Teil dieser ohnehin relativ geringen Zahl von Kolleginnen und Kollegen eine echte wirtschaftliche Notlage vorliegt. Dergleichen rangiert bei den Gründen für die galoppierende Staatsverschuldung doch eindeutig unter „ferner liefen“. Es wird einzig und allein zu dem Zweck hochgespielt, Stimmung gegen die Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften zu machen.

Es wird auch deshalb hochgespielt, um zu vertuschen, wo die tatsächlichen Ursachen für die Staatsverschuldung liegen und wer wirklich die Verantwortlichen dafür sind. Denn die Antwort auf diese Frage besagt ja zugleich, wer gerechterweise zur Kasse gebeten werden muß, um das Loch im Bonner Haushalt zu stopfen. Heinz Oskar Vetter nennt in seinem Brief an Bundeskanzler Schmidt folgende Ursachen für die Bonner

Finanzmisere:

„Der DGB betont nachdrücklich, daß die gegenwärtigen finanziellen Schwierigkeiten eine Folge der Wachstums- und Beschäftigungskrise sind, die ihrerseits nicht zuletzt aus der Energieverwertung herrührt. Steigende Kosten der Arbeitslosigkeit, krisenbedingte Steuerausfälle und höhere Zinsausgaben als Folge der Hochzinspolitik der Bundesbank sind die eigentlichen Ursachen der hohen Defizite im Bundeshaushalt.“

Mit dieser Darstellung der Ursachen für die Bonner Haushaltskrise können wir uns nicht, kann sich kein klassenbewußter Gewerkschafter zufriedengeben. Es fehlt einfach das Wichtigste: Roß und Reiter werden nicht genannt. Daß zum Beispiel die Finanzierungsschwierigkeiten der Bundesanstalt für Arbeit etwas mit der „Beschäftigungskrise“ zu tun haben, also mit der hohen Zahl von Arbeitslosen, will man gerne glauben. Nur, wer ist für diese sogenannte Beschäftigungskrise verantwortlich? Etwa die Arbeitslosen, die jetzt mit der Mißbrauchshetze an den Pranger gestellt werden? Oder nicht doch die Unternehmer, die aus Profitinteresse ihre Betriebe durchrationalisieren, die Arbeiter auf die Straße werfen, ganze Betriebe stilllegen und dafür auch noch Milliarden an Subventionen von Bonn erhalten haben und weiter erhalten sollen?

Wenn man von der Energieverwertung spricht, muß man dann nicht im gleichen Atemzug von den Riesengewinnen der Ölkonzerne sprechen und davon, daß der Staat bei jeder Ölpreiserhöhung kräftig mitkassiert und schließlich davon, daß die Preistreiber der multinationalen Ölkonzerne und die Mineralölsteuerrhöhungen vor allem die Arbeiter, kleinen Angestellten, die Bezieher kleinerer Einkommen im allgemeinen treffen?

Spricht man über die Hochzinspolitik, dann muß man ja wohl auch davon sprechen, daß die Großbanken infolge dieser hohen Zinsen ungeheure Zinsgewinne machen, nicht zuletzt durch die Milliardenkredite, die sie dem Staat gewähren. Für sie vor allem ist die Staatsverschuldung ein Riesengeschäft. Das sind nur Beispiele. Statt sich auch nur ansatzweise auf die Mißbrauchsdiskussion einzulassen, hätte der DGB-Bundesvorstand folgendes unmißverständlich klarstellen müssen:

• Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat ihre Ursache im kapitalistischen Profitsystem. Die Verantwortung für die immer schwerwiegenden Folgen, die diese Krise für unser Land hat und noch haben wird, tragen einzig und allein die Unternehmer, in erster Linie die Konzerne und Großbanken. Sie hatten und haben immer nur ihren möglichst großen Profit im

Auge. Die Arbeiterklasse, die kleinen Angestellten und Beamten, vor allem unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen sind heute die Opfer dieser unternehmerischen Gewinnsucht.

• Der Bonner Staatshaushalt wird nicht nur zum größten, sondern zum allergrößten Teil aus den den Arbeitern und kleinen Angestellten abverlangten Steuern bestritten und nur zu einem empörend niedrigen Teil von jenen Kreisen mitgetragen, die in unserem Wirtschaftssystem den großen Reibach machen. Umgekehrt aber fließt in Form von Staatsaufträgen, Steuerermäßigungen, verschiedensten Subventionen u.a. ein ungeheuer großer Anteil der Staatsausgaben direkt in die Kassen der großen Konzerne und Banken.

• Von ganz entscheidender Bedeutung ist dabei das ungeheure Anwachsen der Rüstungsausgaben. Nicht nur, daß dieser Rüstungswahnsinn die Sicherheit der Menschen unseres Landes aufs Höchste gefährdet, untergräbt er auch die Wirtschaftskraft unseres Landes zugunsten der Rüstungsindustrie, die Milliardenprofite macht.

Alle diese Tatsachen zeigen: Die Monopole und die Hochfinanz, die Milliarden und Rüstungsgewinnern tragen die Verantwortung für die Krise. Sie — und nicht die Arbeitslosen — betrachten die Staatskasse als Selbstbedienungsladen. Milliarden und Abermilliarden wurden und werden diesen Kreisen vom Staat auf dem Silbertablett serviert. Sie haben die Staatsverschuldung in die Höhe getrieben und davon profitiert. Sie sollen die Krise bezahlen.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen

Darum ist es unserer Ansicht nach auch eine falsche Zielsetzung, lediglich eine zusätzliche einseitige Belastung der Arbeiter, Angestellten und Arbeitslosen vermeiden zu wollen und eine gleichmäßige Behandlung aller Bevölkerungsgruppen zu fordern, wie es an verschiedenen Stellen des Briefes von Heinz O. Vetter anklingt.

Aufgabe der Gewerkschaften kann es nur sein, jeden Angriff auf die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse zurückzuweisen. Unserer Auffassung nach müssen die Gewerkschaften deshalb ohne Einschränkung fordern, daß diejenigen, die in den letzten Jahren bis heute ihre Finger ununterbrochen in der Staatskasse hatten und die sich auf Kosten der breiten Masse der Steuerzahler in geradezu unglaublicher Weise bereicherten, jetzt endlich ganz einseitig zur Kasse gebeten werden, damit die bestehenden, im übrigen durchaus noch ungenügenden Sozialleistungen, weiterhin finanziert und dringende soziale Probleme (zum Beispiel Wohnungsbau, Schulwesen, Kindergärten- und tagesstättenbau, Umweltschutz u.a.) gelöst werden können. Das meinen wir, wenn wir fordern: Die Reichen müssen die Krise bezahlen.

In diesem Sinne finden eine Reihe von Forderungen des DGB-Bundesvorstandes unsere volle Unterstützung. Das gilt für

die Forderungen, die darauf abzielen, den Reichen gewährte Steuervorteile abzubauen. Das gilt für die Forderung nach energischer Eintreibung der Steuerrückstände, nach wirksamen Maßnahmen gegen Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung. Es ist in der Tat ein längst zum Himmel stinkender Skandal, daß dem Arbeiter die Lohnsteuer monatlich bis auf den letzten Groschen abgezogen wird, während den Großverdienern zahllose Möglichkeiten geboten werden, sich um die Zahlung der fälligen Steuern in voller Höhe herumzudrücken. Allein die Forderungen des DGB-Bundesvorstandes zu diesem Komplex würden bei konsequenter Verwirklichung die Staatseinnahmen um mehrere Milliarden erhöhen.

Heinz Oskar Vetter fordert in seinem Brief an den Bundeskanzler weiterhin die „Einführung einer Ergänzungsabgabe zur Einkommens- und Körperschaftsteuer in Höhe von 6 Prozent der Steuerschuld ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 60000/120000 Mark (Alleinstehende/Verheiratete).“

Jetzt scheint vor allem die SPD-Führung in Bonn eine Ergänzungsabgabe für alle Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen durchsetzen zu wollen. Daß sie sich dabei direkt auch noch auf Vorstellungen des DGB-Vorstandes beruft, ist einerseits eine Frechheit. Es ist ja wohl ein erheblicher Unterschied, ob man, wie der DGB-Bundesvorstand eine Ergänzungsabgabe ab 60000 Mark Jahresbruttoeinkommen fordert oder auch für alle Lohnsteuerzahler. Andererseits muß man zugeben, daß die Forderung des DGB-Bundesvorstandes solchen Versuchen, die Steuerschraube schon wesentlich niedriger anzusetzen, keinen Riegel vorschiebt.

Welche Maßstäbe hat der DGB-Bundesvorstand bei der Festsetzung der 60000-Mark-Grenze (bei 13 Monatsgehältern entspricht das knapp 4700 Mark brutto monatlich) angelegt? Heinz Oskar Vetter spricht davon, daß bestimmte Bevölkerungsgruppen noch belastbar seien, andere nicht. Das ist eine sehr schwammige und unklare Forderung. Ist ein sparsamer Kollege, der von 2500 Mark Monateinkommen monatlich 200 Mark auf die hohe Kante legt, nun noch belastbar oder nicht? Gerade wenn es darum geht, zu wessen Nachteil gewerkschaftliche Forderungen aufgestellt werden, müssen die Gewerkschaften sich hüten, irgendeinen Wirrwarr anzurichten; denn es nützt der Arbeiterklasse reichlich wenig, wenn ein zahlenmäßig und vor allem einflußmäßig nicht unbedeutender Teil der Angestelltenschaft gegen gewerkschaftliche Forderungen aufgebracht wird.

Gegner der Gewerkschaften sind diejenigen, die von der Ausbeutung der Arbeiter und der Masse der Angestellten leben. Das sind die Kapitalisten, die die Löhne und die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen so niedrig wie möglich halten wollen, damit sie um so höhere Profite machen.

Diese klare klassenmäßige Frontstellung müssen die Gewerkschaften in jeder Situation vor allem herausstellen, darauf vor allem müssen ihre Forderungen aufbauen. Davon aber ist in den Vorschlägen des DGB-Bundesvorstandes wenig zu spüren. Nach dem Vorschlag von Heinz Oskar Vetter soll der VW-Aufsichtsratsvorsitzende, der allein an Vorstandsbezügen über 870000 Mark im Jahr kassiert (mitnichten seine einzige Einkommensquelle) genauso mit einer 6prozentigen Ergänzungsabgabe

zur Einkommenssteuer be-
dacht werden, wie der unverheiratete Angestellte mit einem Jahresbruttoeinkommen von 60000 Mark.

Das ist keine richtige Stoßrichtung. So werden die tatsächlichen Klassenfronten verwischt. Das kann das Zustandekommen einer einheitlichen und breiten Kampffront gegen die Krisenangriffe der Kapitalisten und der Regierung nur erschweren.

Auf der anderen Seite erhebt der DGB-Bundesvorstand keine Forderung, in puncto Steuererhöhungen, die direkt auf den eigentlichen Klassengegner abzielt. Notwendig ist es unseres Erachtens, eine radikale Besteuerung der Profite der Konzerne und Großbanken zu fordern und das faktische Wegsteuern aller Beträge, die über ein Jahreseinkommen von 120000 Mark liegen. Wenn diese Hauptstoßrichtung klar ist, ist es sinnvoll, auch eine höhere Besteuerung von größeren Einkommen unter 110000 Mark zu fordern.

Schluß mit den Milliarden-geschenken an die Unternehmer!

Der DGB-Bundesvorstand fordert die Beseitigung, Einschränkung, teilweise auch nur eine Überprüfung bzw. eine nicht näher erläuterte Umstrukturierung einer ganzen Reihe von Subventionen des Bundes an die Unternehmer. Er begibt sich dabei tief in das Dickicht der Paragraphen, verzichtet aber darauf, das Wesen der Sache herauszustellen. Der Staat schüttet den Konzernen und Unternehmern Milliarden zu, die er vor allem der werktätigen Bevölkerung an Steuern abknöpft hat. Er tat und tut dies vor allem mit der Begründung, dadurch würde die Wirtschaft wieder angekurbelt, damit würden schließlich auch die Arbeitsplätze sicherer. In den letzten Jahren sind auf diese Weise zig Milliarden aus den Taschen der Werktätigen über den Bundeshaushalt in die Kassen der Unternehmer geflossen. Was aber ist aus dem Versprechen geworden, daß dadurch die Arbeitsplätze sicherer würden? Die Arbeitslosigkeit ist im Gegenteil stark gestiegen. Ein großer Teil der Milliarden aus Bonn wurden von den Unternehmern direkt genutzt, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Gewerkschaften klipp und klar sagen, daß sie eine solche Finanzierung der Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung aus den Steuern der Werktätigen nicht mehr hinnehmen werden. Es muß Schluß sein mit allen Formen von Geldspritzen für die Unternehmer aus der Staatskasse. Jede Mark, die künftig an Subventionen in die private Wirtschaft fließt, muß rechtsverbindlich gebunden sein an die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen. Andere Formen von Subventionen — mögen sie Investitionsbeihilfen oder Personalkostenzuschüsse genannt werden — müssen seitens des DGB konsequent bekämpft werden.

Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau!

Wir haben bereits dargestellt, daß die steigenden Rüstungsausgaben eine wesentliche Ur-
sache für die Staatsverschuldung darstellen. Die alte Losung des deutschen Militarismus „Kanonen statt Butter!“ schickt sich an, wieder Realität zu werden. Zur Zeit heißt es: Tornados und Fregatten statt Sozialleistungen.

Wir halten es nicht für einen Fehler, sondern für eine grobe und offene Verletzung grundsätzlicher politischer und wirtschaftlicher Zielsetzung der Gewerkschaftsbewegung, wenn in dem Brief Heinz Oskar Veters an Helmut Schmidt lediglich vage von Einsparungsmöglichkeiten durch „Umrichtung im Verteidigungsetat“ gesprochen wird, aber mit keinem Wort auf die für die Arbeiterklasse katastrophalen politischen und wirtschaftlichen Folgen der zügellosen Hochrüstung eingegangen wird.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir mit Nachdruck die Auffassung des Kollegen Christian Götz vom HBV-Hauptvorstand, der den Gewerkschaften die Aufgabe gestellt hat, tatkräftig am Zustandekommen einer breiten Volksbewegung gegen Rüstungswahnsinn und Sozialabbau mitzuwirken. Im Hinblick auf die laufende Debatte um den Bundeshaushalt '82 müssen die Gewerkschaften nach unserer Auffassung konsequent für eine deutliche Herabsetzung der Rüstungsausgaben eintreten.

Bei einem Brief darf es nicht bleiben!

Bei einem Brief darf es nicht bleiben!

Zu behaupten, daß der Brief Heinz Oskar Veters an Helmut Schmidt eine klare Orientierung und Zielsetzung der Gewerkschaften für den Kampf gegen den drohenden Sozialabbau beinhalten würde, wäre leider eine schädliche Schönfärberei. Dazu ist er, wie nicht anders zu erwarten war, viel zu sehr geprägt von der sozialpartnerschaftlichen Idee des Strebens nach einem Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Wenn sich der DGB-Bundesvorstand, wie es in dem Brief Heinz O. Veters immer wieder zum Ausdruck kommt, darauf einläßt, sich an der Suche nach Wegen zu beteiligen, um die vielzitierten Lasten gleichmäßig auf alle Bevölkerungsgruppen zu verteilen, dann wird damit eben im Grundsatz eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiter und Angestellten in Kauf genommen und die Position der konsequenten Verteidigung der Klasseninteressen des Proletariats gegen die Angriffe der herrschenden Klasse sozusagen kampfflos geräumt.

Dennoch ist der Brief Heinz O. Veters keineswegs nutzlos. Dort, wo er falsche bzw. inkonsequente Positionen vertritt, ist es Sache der klassenbewußten Gewerkschafter, jetzt trotz Urteilszeit nach Kräften noch die innergewerkschaftliche Diskussion anzukurbeln, um bis zu den entscheidenden Tagen im Herbst noch möglichst viel Klarheit zu schaffen.

Aber H. O. Veters Brief enthält ja, wie dargelegt, auch eine Reihe richtiger Ansatzpunkte und nützlicher Forderungen. Noch stehen sie auf dem Papier und der DGB-Bundesvorstand scheint sie dort belassen zu wollen. Hier muß aus den Betrieben heraus Druck gemacht werden, müssen vor allem Vertrauensleute und Betriebsräte aktiv werden, um durchzusetzen, daß unsere Gewerkschaften mit kämpferischen Aktionen dem Angriff der Unternehmer und der Bonner Allparteienkoalition auf unsere sozialen und wirtschaftlichen Interessen antworten.

Unternehmer und Unions-Parteien wollen neue Form von Teilzeitarbeit einführen

„Job-Sharing“ — Patentrezept für soziale Probleme?

In den USA, dem „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, soll es schon seit längerem weit verbreitet sein. Neuerdings drängen hierzulande die Unternehmerverbände darauf, daß es auch bei uns eingeführt wird. Die CDU/CSU ergriff kürzlich in Bonn die Initiative, um diesem Anliegen politisch Geltung zu verschaffen. Joseph Stigl, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, nannte es sogar ein „phantasievolles Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit“. Wovon die Rede ist? Vom „Job-Sharing“, dem angeblichen Patentrezept zur Lösung drückender sozialer Probleme. Was bedeutet „Job-Sharing“ eigentlich genau? Und was ist davon zu halten?

Job-Sharing ist eine Form von Teilzeitarbeit, wobei die Besonderheit dieses Modells darin besteht, daß ein Vollzeitarbeitsplatz auf zwei, eventuell auch auf eine größere Zahl von „Job-Nehmern“ aufgeteilt wird.

Als besonderer Clou des Job-Sharings stellen seine Fürsprecher heraus, daß die Job-Nehmer sich in freier Absprache die Arbeitszeit nach ihren Bedürfnissen einteilen könnten. Dadurch stelle das Job-Sharing eine ideale Möglichkeit für „Arbeitnehmergruppen“ dar, die nach einer Teilzeitbeschäftigung suchen. Otto Esser, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, pries den Job-Sharing als ein Angebot, das besonders für arbeitslose Frauen interessant sei.

Tatsächlich scheint es auf den ersten Blick so, als sei das Job-Sharing ein geradezu ideales Angebot speziell für jene Gruppen von Lohnabhängigen, die sich aufgrund der gegebenen Umstände gezwungen sehen, durch eine Teilzeitbeschäftigung ihr Auskommen zu sichern. Betrachtet man die Sache aber genauer, so erweist sich, daß keineswegs Gold ist, was da so glänzt. Dieser Braten ist vergiftet!

Zunächst einmal ergeben sich schwerwiegende arbeitsrechtliche und sozialpolitische Einwände, sobald man das Modell des Job-Sharings anhand eines entsprechenden Musterarbeitsvertrages kritisch überprüft. Der „Arbeitsring Chemie“ (Unternehmerverband der Chemie-Industrie) hat vor etwa einem halben Jahr einen Modellarbeitsvertrag für Job-Sharing vorgelegt. Von der IG Chemie wurde dieser Mustervertrag als unannehmbar zurückgewiesen.

Und zwar erwachsen die arbeitsrechtlichen Pferdefüße gerade aus dem Faktor, der das Job-Sharing zunächst so attraktiv erscheinen läßt: der „freien“ Einteilung der Arbeitszeit. Diejenigen, die einen Arbeitsplatz im Job-Sharing-System unter sich aufteilen, müssen nämlich auch gemeinsam die Verantwortung für die jederzeitige Besetzung des Arbeitsplatzes und für die Erfüllung der gestellten Arbeitsaufgaben übernehmen.

So heißt es im Paragraph 2, Abs. 2 des Musterarbeitsvertrages u.a.:

„Die Verpflichtung zur ganztägigen Besetzung des Arbeitsplatzes bleibt auch dann bestehen, wenn der andere am gleichen Arbeitsplatz beschäftigte Arbeitnehmer seine Pflichten aus dem Arbeitsverhältnis nicht erfüllt, oder wegen Urlaub, Krankheit und anderen Gründen zeitweilig nicht arbeitet. In diesen Fällen hat der Arbeitnehmer den Arbeitsplatz ganztägig oder zu den vom Arbeitgeber bestimmten Zeiten zu besetzen.“

Man muß sich das einmal praktisch vorstellen: die zwei oder mehr Kolleginnen bzw. Kollegen, die einen Arbeitsplatz unter sich aufteilen, sind gegen-

seitig voneinander abhängig. Ausfallzeiten des einen, aus welchem Grunde sie auch zustandekommen, müssen von den Partnern wohl oder übel getragen werden. Eventuelle Leistungsschwächen des einen muß der andere wettmachen. Man ist sozusagen wie zwei Ochsen unter einem Joch zusammengespant, eben unter einem gemeinsamen Arbeitsvertrag.

Es ist klar: Dies zielt darauf ab, daß Kollegen sich gegenseitig disziplinieren, daß Spannungen und Konflikte, die eigentlich Ausdruck des zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern bestehenden Interessengegensatzes sind, in die Reihen der Arbeiter verschoben werden.

Im Prinzip ist der im Job-Sharing beschäftigte Arbeiter oder Angestellte eine Ganztagsarbeitskraft auf Abruf, die aber als Halbtagskraft bezahlt wird. Abgesehen von den Vorteilen, die der Unternehmer aus gewöhnlichen Teilzeitbeschäftigungen ziehen kann (höhere Arbeitsleistung, Wegfall von Erholungspausen usw.) kann er beim Job-Sharing zusätzlich bestimmte Ausfallrisiken (Unfall, Erkrankung, Einschränkung der Leistungsfähigkeit) völlig auf die Arbeiter überwälzen.

Es handelt sich also um ein System, bei dem der einzelne Arbeiter bzw. Angestellte unter dem Schein einer größeren Freiheit in Wirklichkeit einer besonders raffinierten Form der Abhängigkeit unterworfen ist.

Was nun die sogenannte „arbeitsmarktpolitische“ Rolle betrifft, die dem Job-Sharing zugesprochen wird, so ist es auch damit nicht weit her. Im Gegenteil. Insofern „Lösungen“ der durch die Arbeitslosigkeit und andere Übel des Kapitalismus hervorgerufenen sozialen Probleme durch das Job-Sharing überhaupt denkbar sind, so sind es wiederum nur Lösungen, die einzig den Unternehmern zum Vorteil gereichen.

Daß durch dieses Patentrezept zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen würden, wird ja wohl auch Josef Stigl nicht ernsthaft behaupten wollen. Die bestehende Arbeitslosigkeit würde nicht im geringsten eingeschränkt werden, sondern lediglich eine andere Form annehmen. Und zwar eine Form, die in jeder Beziehung den Unternehmern, der Kapitalistenklasse, zuspäße käme; eine Form, die es insbesondere der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften erschweren würde, einen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen.

Das ist sicherlich ein abstrakter Gedankengang. Die Realität der kapitalistischen Krise läßt es ohnedies nicht zu, daß das Arbeitslosenheer durch Systeme, wie etwa das Job-Sharing, einfach aufgelöst wird (im Sinne einer „gleichmäßigen Verteilung“ der vorhandenen Arbeit“). Das ist auch den Herren Stigl und Esser durchaus klar. Es fragt sich nur, was sie und was die CDU/CSU dann mit der Propagierung des Job-Sharing

als Patentrezept gegen die Arbeitslosigkeit eigentlich bezwecken?

Sie wollen damit offensichtlich die gewerkschaftlichen Forderungen und Vorstellungen zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit ins Abseits drängen: Job-Sharing als arbeitsmarktpolitisches Instrument läuft auf Kurzarbeit bei vollem Lohnabbau hinaus. Der Lärm um derartige Patentrezepte soll Forderungen, wie die nach der Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, nach der Herabsetzung des Rentenalters, bei Zahlung der vollen Rente und nach wirksamen beschäftigungspolitischen Programmen und Maßnahmen des Staates übertönen.

Könnte das Job-Sharing aber nicht wenigstens Lösungsmöglichkeit für das besondere soziale Problem jener Frauen sein, die gezwungen sind, infolge der Doppelbelastung Beruf/Familie, eine Teilzeitarbeit zu suchen? Das kapitalistische System in der Bundesrepublik macht für die meisten Frauen ein normales Berufsleben unmöglich. Das Fehlen von Kinderkrippen, Kindergärten und Ganztagschulen läßt oft als Erwerbsmöglichkeit, wenn über-

haupt, dann nur die Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung offen. Gerade jetzt, durch die staatliche Rotstiftspolitik verschärft sich dieses Problem noch erheblich!

Es muß aber mißtrauisch stimmen, wenn ausgerechnet ein so eingefleischter Arbeiterfeind wie der Unternehmerpräsident Esser sich jetzt zum Fürsprecher der werktätigen Frauen aufschwingt. Seit wann sind es gerade die Unternehmerverbände, die den werktätigen Frauen aus der Misere helfen wollen? In der Tat dient der angebliche Ausweg des Job-Sharings auch in dieser Hinsicht nur dazu, wirkliche Veränderungen, die die beruflichen Möglichkeiten der Frauen verbessern können, zu boykot-

tieren.

Der Bundesfrauenausschuß der IG Chemie weist darauf hin, das Job-Sharing bringe die Gefahr mit sich, daß Vollzeitarbeitsplätze nach diesem Modell in großem Maßstab in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden, wodurch sich die Beschäftigungssituation all derer verschlechtern würde, die auf volle Beschäftigungen und entsprechendes Einkommen angewiesen sind. Gunter Rose, zuständig für den Bereich Betriebsräte beim Hauptvorstand der IG Chemie, formulierte diese Gefahr so:

„Bei breiterer Einführung des Job-Sharing-Systems könnte durchaus ein faktischer Druck auf arbeitslose Frauen entstehen, die einen Vollzeitarbeitsplatz wünschen, sich letztlich dann doch mit einem Teilzeitarbeitsplatz nach dem Modell Job-Sharing zufriedenzugeben.“

Diese Überlegungen weisen auch darauf hin, daß es den Befürwortern des Job-Sharings nicht zuletzt darum geht, mit

diesem System verschiedene Teile der Arbeiterklasse bzw. der werktätigen Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, ihren gemeinsamen Kampf gegen Arbeitslosigkeit und auch gegen die speziellen sozialen Mißstände, die eine Berufstätigkeit für werktätige Frauen so sehr erschweren, zu verhindern.

Allerdings sind es auch die DGB-Bonzen mit ihrer Sozialpartnerschaftspolitik, die einem gewerkschaftlichen Kampf in dieser Richtung im Wege stehen. Der DGB muß jedoch endlich konsequent für Bedingungen kämpfen, die den werktätigen Frauen eine berufliche Tätigkeit ohne unerträgliche Belastungen ermöglichen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, wo sich die Situation durch die volksfeindliche Sparpolitik der Regierung gerade auch in dieser Hinsicht immer mehr verschlechtert, werden viele Frauen keinen sonst anderen Ausweg aus ihrer Misere sehen, als sich auf derartige Angebote der Kapitalisten, wie das Job-Sharing, einzulassen.



Bundesarbeitsgericht: 400 Überstunden zulässig

48-Stunden-Woche bestimmt noch immer das Gesetz!

Arbeitszeitordnung von 1938 ermöglicht skandalöses Urteil

KASSEL. — In einem Musterprozeß hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Kassel jetzt grundsätzlich entschieden, daß 400 Überstunden pro Jahr von einem Beschäftigten verlangt werden dürfen. Diesen skandalösen Urteilsspruch begründet das Bundesarbeitsgericht mit der immer noch geltenden Arbeitszeitverordnung aus dem Jahre 1938, die von der 48-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit ausgeht.

Die arbeiterfeindliche Entscheidung wurde am 28. Juli 1981 vom ersten Senat des BAG unter dem Vorsitz des neuen Gerichtspräsidenten Dr. Otto Rudolf Knissel gefällt (Aktenzeichen: 1 ABR 90/79). Zu dem Prozeß war es gekommen, als der Betriebsrat der Rheinisch-Bergischen Druckerei in Düsseldorf seine Zustimmung zu Überstunden verweigert hatte.

Der Betriebsrat war dabei von der Auffassung ausgegangen, daß die in Paragraph 6 der Arbeitszeitordnung gegebene Regelung, die eine maximale Mehrarbeit von zwei Stunden an 30 Tagen im Jahr, insgesamt also 60 Überstunden, für zulässig erklärt, heute auf der Grundlage der inzwischen tarifvertraglich weitgehend eingeführten 40-Stunden-Woche greift.

Das Bundesarbeitsgericht jedoch entschied, daß der Paragraph 6 beim Überschreiten der 40-Stunden-Woche nicht eingreife, sondern erst beim Überschreiten der 48-Stunden-Woche, bzw. der 6-Tage-Woche, da diese Regelarbeitszeit der aus

dem Jahr 1938 (also der Zeit des Hitler-Faschismus) stammenden gesetzlichen Arbeitszeitordnung zugrunde liege.

Demnach seien die nach Paragraph 6 der Arbeitszeitordnung möglichen 60 Überstunden pro Jahr erst verbraucht, wenn sie zusätzlich zu einer Wochenarbeitszeit von 48 Stunden gearbeitet würden. Berechnet auf die 40-Stunden-Woche ist es nach dieser Logik rechtlich zulässig, daß von einem Beschäftigten 400 Überstunden pro Jahr abverlangt werden!

Um zu diesem extrem arbeiterfeindlichen Urteil zu kommen, mußte der Gerichtsvorsitzende Knissel den Paragraph 6 der Arbeitszeitordnung allerdings ziemlich bedenkenlos zu rechtbiegen. Denn schließlich besagt dieser Paragraph ja, daß an maximal 30 Tagen im Jahr maximal zwei Überstunden zulässig seien; und der 8-Stunden-Tag galt ja auch im Jahr 1938 noch, trotz Hitler und Nazi-Diktatur.

Der Gerichtspräsident argumentierte deshalb folgender-

maßen: Nach der Arbeitszeitordnung gelte der Samstag auch heute noch als Werktag und als Arbeitstag. Die am Samstag ausfallende Arbeitszeit könne deshalb bei der Berechnung der zulässigen Überstundenzahl auf die anderen Werkstage verteilt werden. Die dadurch erzielten acht zusätzlichen Stunden für die Zeit vom Montag bis Freitag seien nach der Arbeitszeitordnung noch nicht als Überstunden zu werten. Gewährleistet müsse lediglich sein, daß die tägliche Arbeitszeit nicht über zehn Stunden liege.

In zweiter Instanz hatte das Urteil noch anders ausgesehen: Der Betriebsrat hatte mit seiner Nichtbewilligung von Überstunden Recht bekommen. Diese Entscheidung des Landesarbeitsgerichts in Düsseldorf wurde jetzt durch das Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts aufgehoben.

Der Spruch des BAG zeigt zum einen, wie extrem arbeiterfeindlich und unternehmerhörig die Herren in der roten Robe in Kassel sind. Zum anderen beleuchtet dieses Urteil aber auch den sozialpolitischen Skandal, der darin liegt, daß die Regierenden in Bonn bis zum heutigen Tag die Reform der gesetzlichen Arbeitszeitordnung zu verschleppen wußten!

In der somit immer noch gültigen Arbeitszeitordnung aus dem Jahre 1938 wird übrigens

die faschistische Terminologie gebraucht: Die Unternehmer werden als „Betriebsführer“ betitelt, während die Belegschaften als „Gefolgschaften“ bezeichnet sind.

Der DGB fordert schon seit eh und je eine reformierte Arbeitszeitordnung, in der von der 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit ausgegangen wird. Wenn nach über zehn Jahren einer SPDgeführten Bundesregierung trotzdem nichts in dieser Richtung geschehen ist, so zeigt das, was eine solche Regierung und was die SPD als Partei für die Arbeiterklasse wert ist.

Der beharrliche Widerstand der herrschenden Klasse gegen die Reformierung der überkommenen Arbeitszeitordnung läßt erkennen, daß die Unternehmer sich für die Verschärfung der Krise die Möglichkeit freihalten wollen, auch bezüglich der Arbeitszeit das durch die Gewerkschaften erkämpfte Maß des sozialen Fortschritts wieder zurückzuschrauben.

Dem steht unversöhnlich das Interesse der Arbeiterklasse entgegen: Für die Arbeiter wird gerade mit wachsender Massenarbeitslosigkeit und zunehmend verschärftem gesundheitlichem Verschleiß am Arbeitsplatz, durch schlechter werdende Arbeitsbedingungen, die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zur dringenden Notwendigkeit!

Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften den Kampf für Arbeitszeitverkürzung endlich ernsthaft und konsequent anpacken. Das heißt, daß dieser Kampf als ein politischer Kampf der Arbeiterklasse gegen die Krisenpolitik des Kapitals verstanden und geführt werden muß.

Nur geladene Gäste...

...bei der zentralen DGB-Veranstaltung

Immer breiteren Raum nimmt die Diskussion über die Kriegsgefahr und den notwendigen Kampf um die Erhaltung des Friedens in allen Gewerkschaften des DGB ein. Die Mitglieder drängen zum einheitlichen, schlagkräftigen Handeln. Sie fordern dies auch am Antikriegstag, am 1. September, und Detlef Henschke vom IG-DruPa-Vorstand brachte nur genau diese Forderung zum Ausdruck, als er sagte: „Der 1.9. muß für die Gewerkschaften genauso wichtig sein wie der 1.5.!“

Aber nicht einmal zum Antikriegstag wird der DGB-Bundesvorstand auch nur annähernd den Wünschen, den Interessen der Kollegen gerecht. Obwohl gerade das „eigenständige Auftreten“ der Gewerkschaften angeblich am 1. September deutlich gemacht werden soll (ein Schlagwort, das erhalten muß für das Beteiligungsverbot für Gewerkschafter an der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn), werden die zentralen DGB-Aktionen in völlig absurder Weise eingegengt.

Das beste Beispiel ist die so groß herausgestrichene Veranstaltung des Bundesvorstandes am 1.9. in Düsseldorf, die zum Beispiel von der DKP kritisch als „repräsentative Aktion“ bezeichnet wird. In Wahrheit droht dies eine Nabelschau der Funktionäre zu werden. Denn nur ausgesuchte, „geeignete“ Gewerkschaftsfunktionäre sollen daran teilnehmen dürfen

und sich ein Referat des Vorsitzenden Heinz Oskar Vettters anhören!

In einem Schreiben des DGB-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen heißt es wörtlich: „Wir bitten, uns interessierte hauptamtliche Kolleginnen und Kollegen mit Namen und Anschrift bis zum 4.8.1981 zu benennen. Eine schriftliche

Einladung erfolgt direkt durch den Bundesvorstand.“

Zur gleichen Zeit wurde das Ergebnis der Geheimabsprachen des DGB mit der Bundeswehr veröffentlicht, die Bekanntgabe des „gemeinsamen Kampfes“ von Gewerkschaften und Militär. Alles Glieder einer Kette, mit der die Gewerkschaften vom aktiven Friedenskampf

abgehalten werden sollen!

Schon jetzt zeigt sich allerdings, daß diese Rechnung zumindest nicht vollständig aufgeht. An vielen Orten haben Gewerkschafter ihre Entschlossenheit bekräftigt, den 1. September mit schlagkräftigen Aktionen zu einem wirklichen Höhepunkt gewerkschaftlichen Friedenskampfes zu machen.

Das Unterschriftenverbot ist unwirksam!

DÜSSELDORF. — Am 3. Juni hatte der DGB-Bundesvorstand einen „Maulkorbbeschuß“ gefaßt, nach dem allen Gewerkschaftern das Unterzeichnen von nichtgewerkschaftlichen Unterschriftenlisten mit Angabe ihrer gewerkschaftlichen Funktionen untersagt sein sollte. Vor einigen Tagen teilte der Gesamtbetriebsrat beim DGB in einem Rundschreiben an alle Beschäftigten des DGB mit, daß dieser Beschluß ungültig ist, weil der Vorstand weder die geltenden Gesetze beachtet noch den Betriebsrat angehört oder auch nur informiert hatte.

Der Bundesvorstand wollte durch seinen „Maulkorbbeschuß“ vor allem die Unterstützung von Appellen verhindern, die die Aufhebung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses fordern.

In dem „Info Nr. 11“ des Gesamtbetriebsrates beim DGB heißt es zu dem „Maulkorbbeschuß“ unter anderem:

„Zum Inhalt des Beschlusses des Bundesausschusses ... vertritt der GBR die Auffassung,

daß Unterschriftenleistungen als Teil gesellschaftspolitischer Betätigung die gesamte Persönlichkeit umfaßt und ein generelles Verbot ein sehr weitgehender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der einzelnen wäre.

Wir halten daher die politische Diskussion mit den Beschäftigten über Sinn und Inhalt von einzelnen Aktionen für ein wichtiges und notwendiges Mittel, nicht dagegen aber Verbote bzw. Verbotsbeschlüsse. Gra-

vierend erscheint uns darüber hinaus, daß bei der Durchführung des Beschlusses das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte gemäß § 87 Abs. 1 Ziff. 1 BetrVG verletzt wurde. (...)

Der GBR (Geschäftsführer des Bundesvorstand) hat es jedoch unterlassen, den GBR vor Herausgabe des Beschlusses mit der Aufforderung sich künftig an diesen Beschluß zu halten, zu hören noch zu informieren, so daß die Durchführung dieser Maßnahme unwirksam ist. Sollten zwischenzeitlich Sanktionen (z.B. Abmahnungen) angedroht worden sein, so wären auch diese unwirksam.“

Man sieht: Wenn es den Bonzen um die Sabotierung gewerkschaftlichen Kampfes geht (hier der Beteiligung der Gewerkschaften an der Friedensbewegung), werden selbst innerhalb des DGB die elementarsten gewerkschaftlichen Rechte mit Füßen getreten. Aber der Widerstand wächst!

(auf dem Foto rechts) saß dort nicht als Vertreter der RGO/Westberlin, sondern als Betriebsrat der AEG-Brannenstraße, der die Kolleginnen und Kollegen von Telefunken bei der Vorbereitung der Veranstaltung unterstützt hatte. Richtig ist, daß der Kollege in der RGO ist. Nach unseren Zählungen besuchten nicht etwa 250 Kolleginnen und Kollegen die Veranstaltung, sondern ca. 150.“

Der Kollege auf dem Podium

Resolution

1961 gab es noch 300.000 Arbeitsplätze in der Berliner Industrie. Heute, 20 Jahre danach, sind es nur noch 170.000 Arbeitsplätze.

Ohne produktive, industrielle Arbeitsplätze kann Westberlin nicht überleben.

Die Arbeitsplatzvernichtung wird zunehmend zur Existenzbedrohung für diese Stadt.

Das Maß ist voll! Schluß mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen in Berlin! Kämpfen wir gemeinsam um die 1200 Arbeitsplätze im Werk Schwedenstraße.

Wir fordern vom AEG-Konzern, von der Dresdner Bank und von der Deutschen Bank:

- Erhalt des Werkes Schwedenstraße!
- Rücknahme der Kündigungen!
- Keine weiteren Entlassungen!
- Keine Aufgabe der Tongeräteproduktion!
- Video-Fertigung im Werk Schwedenstraße!
- Keine Überstunden im AEG-Telefunken-Konzern!

Wir fordern vom Berliner Senat:

- Offenlegung aller Subventionen für die Berliner Wirtschaft!
- Offenlegung aller öffentlichen Mittel und Vergünstigungen für das Werk Schwedenstraße in den letzten zehn Jahren.
- Massives Eingreifen zugunsten der Arbeitnehmer!
- Verhinderung einer Video-Fertigung an einem anderen Standort als im Werk Schwedenstraße.

Wir fordern von allen Parteien:

- Offene und öffentliche Solidarität mit den Arbeitnehmern im Werk Schwedenstraße.
- Unterstützung unserer Forderungen an AEG, die Banken und den Senat von Berlin.
- Bindung von Subventionen an Beschäftigungsgarantien, entsprechend den Forderungen des DGB.

Wir fordern von den Medien:

- Breitere Information über alle Fragen der Arbeitsplatzsicherung in Berlin.
- Die Arbeiterschaft muß mehr zu Wort kommen.

An die Verwaltungsstelle der IG Metall in Berlin richten wir den dringenden Appell, Kampfmaßnahmen gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Berlin einzuleiten.

Die kampfbereiten Kollegen im Werk Schwedenstraße und in allen anderen von Arbeitsplatzvernichtung betroffenen Betrieben brauchen, über weltanschauliche und politische Differenzen hinweg, die volle Unterstützung ihrer Gewerkschaft.

Die heutige Veranstaltung ist der Auftakt breiter Aktivitäten gegen die Arbeitsplatzvernichtung in Berlin.

Wir wollen unsere Forderungen dem Senat von Berlin offiziell überreichen.

Wir rufen alle Berliner Arbeitnehmer, die Gewerkschaften und alle Parteien, die sich für die Interessen der Arbeiterschaft einsetzen wollen, auf, sobald als möglich einen Autokorso vom Werk Schwedenstraße zum Schöneberger Rathaus zu organisieren.

Bisher bekannte DGB-Aktionen am oder zum 1. September

Demonstrationen:

Am 1. September in Kiel, Hamburg, Bremen, am 7. Oktober in Köln.

Veranstaltungen:

Essen, 26. September, Gruga-Halle

Mainz, 1. September. Zentrale Veranstaltung für Rheinland-Pfalz.

Worms, Koblenz, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Speyer — bisher ohne Termin.

Hannover, 30. August. Kundgebung mit Pfarrer Heinrich Albertz.

Friedenswochen:

Hannover, 1. bis 5. September.

Köln, ab zweiter Septemberwoche bis in den November hinein. Geplant sind Mahnwachen, Vorträge, Informationsstände, Literaturtag. Höhepunkt: Friedensdemonstration am 7. Oktober.

Am 1. September soll auch eine eigenständige DGB-Unterschriftensammlung starten, über deren Inhalt der Vorstand noch diskutiert. Zum Jahresende sollen die darauf eingetragenen Unterschriften Bundestag und Regierung übergeben werden.

Kurz berichtet

Dem Stahlwerk Böhler droht Stilllegung

DÜSSELDORF. — Bei der Stahlwerk Böhler AG in Düsseldorf will der Vorstand des österreichischen Mutterkonzerns das Walzwerk mit 700 Beschäftigten bis zum Jahresende schließen und die Produktion nach Österreich verlagern. Langfristig droht sogar die völlige Stilllegung von Stahlwerk Böhler in Düsseldorf mit seiner rund 3.200 Beschäftigten starken Belegschaft.

Außer der Schließung des Walzwerks mit 700 Arbeitsplätzen kündigten die Bosse die Weg-rationalisierung von 400 Angestellten an. Die Produktion bei Böhler in Düsseldorf soll künftig nur noch mit einem Hochofen und einem Schmiedebetriebs weitergeführt und im Falle weiterer Verluste sogar vollständig stillgelegt werden.

Kolumbianische Seeleute streiken in Hamburg und Bremen

HAMBURG/BREMEN. — In Hamburg, Tokio, San Francisco, vor Venezuela und im Panamakanal streiken seit mehreren Wochen auf elf Schiffen kolumbianische Seeleute gegen die brutalen Ausbeutungsverhältnisse, denen sie unterworfen sind. Auch in Bremen hatte die Besatzung eines kolumbianischen Frachters gestreikt, den Streik dann jedoch abbrechen müssen, weil die ÖTV mit Solidaritätsmaßnahmen zögerte.

Die Forderungen der Seeleute: 50 Prozent mehr Lohn, Krankenversicherung für die Familienangehörigen, Anpassung der Auszahlung an den richtigen Kurs, Bezahlung rückständiger Heuern.

Die Regierung in Bogotá hat den Streik inzwischen als illegal bezeichnet, den Streikenden wurden schwere Strafen angedroht. In Kolumbien zeichnet sich trotz der Drohungen eine stärkere Unterstützung für den Streik ab. Verschiedene Gewerkschaften haben Solidaritätsstreiks angekündigt.

Diestreikenden Besatzungen leiden unter den knapp gewordenen Lebensmittelvorräten an Bord. Die ÖTV hat empörenderweise die Versorgung der Besatzungen in Bremen und Hamburg mit Lebensmitteln zunächst zurückgestellt, nachdem das kolumbianische Regime den Streik für illegal erklärt hatte! Da der Kapitän auf dem Frachter Ciudad de Manizales in Bremen niemand an Bord läßt, erreichten hier die Streikenden auch andere Lebensmittelspenden solidarischer Gruppen und Gewerkschaften nicht, wie dies in Hamburg der Fall ist.

Betriebsratswahl bei KWU/Westberlin ungültig

WESTBERLIN. — Die Betriebsratswahl im Arbeiterbereich der Kraftwerk Union AG (KWU) in Westberlin ist ungültig. Dies entschied am 22. Juli das Arbeitsgericht im Ergebnis der Verhandlung über einen Antrag auf Anfechtung der Wahl, der von acht Belegschaftsmitgliedern gestellt worden war.

Die Wahlanfechtung war unter anderem von den beiden Betriebsräten der oppositionellen „Liste linker Gewerkschafter“ (Listenfürer ist RGO-Betriebsrat Uwe Jessen) betrieben worden. Die „Linken Gewerkschafter“ unterstützten die Anfechtung, obwohl sie mit 20,3 Prozent (bei insgesamt vier rivalisierenden Listen) ein gutes Wahlergebnis erzielt hatten.

Die oppositionellen Kollegen hatten die Anfechtung der Wahl schon vor dem Wahltag in der Belegschaft angekündigt, nachdem rechte IGM-Betriebsräte im Komplott mit der Spaltergewerkschaft CMV die vom IGM-Vertrauenskörper beschlossene Persönlichkeitswahl kaputtgemacht hatten (vgl. RM Nr. 15 vom 10.4.81, S. 5).

Ob die Betriebsratswahl bei KWU nun wiederholt werden muß, ist allerdings noch nicht endgültig klar, da die Gegenparteien die Möglichkeit haben, den Weg durch die Instanzen zu beschreiten.

Berichtigung

zu dem Artikel „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ im „Roten Morgen“ Nr. 29 vom 17.7.81 auf Seite 3

Im „Roten Morgen“ Nr. 29 vom 17.7.81 brachten wir unter der Überschrift „Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz“ einen Bericht über die Solidaritätsveranstaltung gegen Massenentlassungen und die beabsichtigte Schließung des Werkes Schwedenstraße von AEG-Telefunken in Westberlin. Die Veranstaltung hatte am 26. Juni in der Schultheiß-Gaststätte in der Hasenheid stattgefunden. Leider mußten wir inzwischen feststellen, daß der Bericht mehrere Fehler enthält. Wir bitten unsere Leser deshalb um Entschuldigung. Aufmerksam gemacht wurden wir auf diese Fehler durch eine Zuschrift von Genossen aus Westberlin. Die Genossen schrieben auch gleich eine Berichtigung, die wir im folgenden abdrucken. Außerdem legten die Genossen auch die Resolution bei, die von den Teilnehmern auf der Solidaritätsveranstaltung verabschiedet worden war. Auch sie ist im folgenden dokumentiert. Zunächst die Berichtigung:

„Der Kollege von Berthold ist zwar Mitglied des Vertrauenskörpers der IG Metall, er war aber nicht vom Vertrauenskörper delegiert. Ein solcher Beschluß war im Vertrauenskörper gar nicht eingebracht worden. Er sprach allerdings im Namen einer von Berthold-Kollegen, in der Mehrheit Vertrauensleute, die die Veranstaltung besuchten und sich dort auf eine Solidaritätsadresse einigten. Dies stellte der Kollege am Anfang seines Beitrages klar.“

Die Firma Berthold ist nicht von Stilllegung bedroht. Im Mai wurden ca. 120 Entlassungen angekündigt bei einer Belegschaft von ca. 900 im Berliner Werk. Der Stand Anfang Juni war: Eine Vereinbarung über Kurzarbeit bis Ende Oktober und einen Sozialplan; von den ursprünglichen ca. 120 waren noch 30 bis 40 Entlassungen im Gespräch.

In dieser Situation verabschiedete eine IGM-Mitgliederversammlung der Berthold AG die erwähnte Entschließung an die Ortsverwaltung und Vertreterversammlung Berlin, wovon der Kollege auf der Veranstaltung berichtete und woraus er die wichtigsten Forderungen nannte (Funktionärsversammlung und Extrablatt zum Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung, überbetriebliche Aktionen wie Kundgebungen...).

Die Hauptstoßrichtung der auf der Veranstaltung verabschiedeten Resolution war nicht, den Kampf für die Erhaltung des Werkes auch weiterhin selbst in die Hand (zu) nehmen. Die Resolution beinhaltet konkrete Forderungen zum Erhalt des Werkes Schwedenstraße, Forderungen nach der Bindung der Berlin-Förderung an den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen, die

Soll ein sozialistischer Staat Atomwaffen besitzen?

In einem Leserbrief an den „Roten Morgen“ wurde die Frage gestellt: „Ist es richtig, wenn auch ein sozialistischer Staat Atomwaffen besitzt oder sollte ein solcher Staat wegen des besonderen Charakters dieser Waffen als Massenvernichtungsmittel nicht eher auf deren Stationierung verzichten?“

Wir wollen diese Frage konkret am Beispiel der Sowjetunion beantworten, die zur Zeit Stalins ein sozialistisches Land war und die einige Jahre nach der Entwicklung der Atombombe in den USA ebenfalls atomare Waffen stationierte. Warum war dieser Schritt notwendig?

Dazu sagte Genosse Stalin in einem Interview mit der „Prawda“ am 6. Oktober 1951: „Den maßgeblichen Persönlichkeiten der USA kann es nicht unbekannt sein, daß die Sowjetunion

ringste militärische Bedeutung. Er war vielmehr darauf abgestellt, gerade gegenüber der Sowjetunion zu demonstrieren, daß der amerikanische Imperialismus auf dem von ihm beschrittenen Weg zur Weltherrschaft und zur Vernichtung des Sozialismus die neue Vernichtungswaffe bedenkenlos einsetzen würde.

In dieser Situation war es nicht nur berechtigt, sondern notwendig, daß die sozialistische Sowjetunion das Atom-

Absichten bestärkt, mit den neuen Vernichtungswaffen den Krieg gegen das sozialistische Lager zum Weltkrieg zu eskalieren. Daß diese Pläne gescheitert sind, ist also nicht nur auf den heldenhaften Widerstand des koreanischen Volkes gegen die amerikanischen Aggressoren, nicht nur auf die mächtige Friedensbewegung in den kapitalistischen Ländern zurückzuführen, sondern auch auf die militärische Stärke der Sowjetunion, vor allem eben auf die Tatsache, daß sie erfolgreich das amerikanische Atommonopol durchbrochen und somit den Weltkrieg zu einem unabwägbaren Risiko für die US-Imperialisten gemacht hatte.

Darüber hinaus waren — wie es Genosse Stalin in dem hier angeführten Interview darlegte — die sowjetische Atomwaffen auch ein wichtiges Faustpfand in dem Kampf für die völlige Beseitigung aller nuklearen Bewaffnung, wie er von den friedliebenden Kräften der ganzen Welt geführt wurde. Die sozialistische Sowjetunion ist ja, gerade wegen der furchtbaren Wirkungen der neuen Vernichtungswaffen, stets für ein weltweites Verbot dieser Waffen bei internationaler Kontrolle eingetreten. Für die Stalinsche Sowjetunion war eine solche Haltung selbstverständlich. Denn da sie über keinerlei aggressive Absichten verfügte, wollte sie die neuen Vernichtungswaffen weder aufstellen, noch gar gezwungen sein, sie zur Verteidigung gegen einen amerikanischen Atomschlag einzusetzen. Es liegt auf der Hand, daß in dem Kampf, den das sozialistische Lager gemeinsam mit der weltweiten Friedensbewegung für ein Verbot der Atomwaffen führte, die Existenz sowjetischer Atomwaffen ein gewaltiges und unverzichtbares Druckmittel gegen die imperialistischen Kriegstreiber war.

Josef Stalin ist in seinem Interview ja noch von der realen

waffenmonopol der USA brach. Notwendig gerade auch für die Erhaltung des Friedens. Hören wir dazu noch einmal Josef Stalin in dem erwähnten Interview: „Maßgebliche Persönlichkeiten der USA sind unzufrieden damit, daß nicht nur die USA, sondern auch andere Länder und vor allem die Sowjetunion, das Geheimnis der Atomwaffe besitzen. Sie möchten gern, daß die USA, die Monopolisten der Atombombenproduktion wären, daß die USA die uneingeschränkte Möglichkeit hätten, andere Länder zu schrecken und zu erpressen. Doch aus welchem Grunde denken sie eigentlich so, mit welchem Recht? Erfordern etwa die Interessen der Erhaltung des Friedens ein solches Monopol? Wird es nicht richtiger sein, zu sagen, daß die Sache sich gerade umgekehrt verhält, daß eben die Interessen der Erhaltung des Friedens vor allem die Liquidierung eines solchen Monopols und sodann das unbedingte Verbot der Atomwaffen erfordern. Ich denke, daß die Anhänger der Atombombe dem Verbot der Atomwaffe nur in dem Fall zustimmen werden, wenn sie sehen, daß sie bereits nicht mehr die Monopolisten sind.“

Die amerikanischen Imperialisten sind unmittelbar nach der Zerschlagung des deutschen und japanischen Faschismus daran gegangen, einen neuen Weltkrieg zu entfesseln, in dem sie das sozialistische Lager „zurückrollen“, das heißt vernichten, und ihre globale Hegemonie errichten wollten. Hiroshima und Nagasaki waren auf diesem Weg die Fanale des Schreckens und der Einschüchterung; der Überfall auf Korea 1951 der Beginn des Angriffs auf das sozialistische Lager.

Ein Verzicht der Sowjetunion auf die Durchbrechung des amerikanischen Atomwaffenmonopols wäre einer Ermüdung der Aggressoren gleichgekommen, hätte sie in ihren

Möglichkeit eines solchen Verbots ausgegangen. Es ist in diesem Zusammenhang sicher müßig, darüber zu spekulieren, ob das Verbot tatsächlich durchgekämpft worden wäre, wenn die Sowjetunion ihre konsequente Friedenspolitik fortgeführt hätte. Wenn nicht dort wenige Jahre später eine neue bürgerliche Klasse die Macht erobert hätte, die alsbald die Bastion des internationalen Friedenskampfes in eine sozialimperialistische Supermacht umgewandelt hätte.

Tatsache ist aber natürlich, daß heute die Frage der atomaren Bewaffnung der Sowjetunion völlig anders steht. Heute sind die sowjetischen Atomwaffen ebensolche Mittel der Drohung und Erpressung wie die entsprechenden Waffen im westlichen Lager. Und die Kreml-Herren, die heute afghanische Dörfer mit Napalmbomben vernichten, werden auch nicht davor zurückschrecken, die atomaren Massenvernichtungswaffen für ihre imperialistische Politik einzusetzen.

Wir haben also gesehen, daß es richtig und notwendig war, daß die damalige sozialistische Sowjetunion das amerikanische Monopol durchbrach und eigene Atomwaffen entwickelte und aufstellte — trotz der furchtbaren Vernichtungskraft dieser Waffen. Denn diese Maßnahme hatte, wie oben gezeigt, tatsächlich eine friedenssichernde Wirkung. Ob nun ein sozialistisches Land über atomare Waffen verfügen muß oder nicht — der heute einzige sozialistische Staat, die SVR Albanien, hat keine Atomwaffen — hängt von einer Reihe verschiedener Faktoren ab: der Entwicklung des internationalen Klassenkampfes, den konkreten Formen der imperialistischen Bedrohung, der Kräftekonstellation im feindlichen Lager, der Größe des eigenen Territoriums usw.

Entscheidend für uns ist — wie schon oben gesagt — die Tatsache, daß man die atomare, wie jede andere Bewaffnung auch, nicht vom gesellschaftlichen System lösen darf. Denn was in den Händen des Imperialismus ein Aggressionswerkzeug ist, hat in einem wahrhaft sozialistischen Staat eben einen völlig anderen Charakter: als notwendiges Mittel zur Verteidigung der Arbeitermacht und zur Sicherung des Friedens.



Diese beiden Kleber, die sich gut im Friedenskampf einsetzen lassen, können bei der VOLKSFRONT bestellt werden.

Bundesgeschäftsstelle der VOLKSFRONT
Michaelstr. 18
4300 Essen 1
Preis: 50 Pfg. pro Stück



Bayerns Kultusminister Maier ordnet Schnüffellaktion an

Lehrer sollen Friedensbewegung bespitzeln

MÜNCHEN. — Eine „Aufforderung zur Denunziation“ nannte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einen Erlaß des bayrischen Kultusministers Maier. Darin werden die Lehrer Bayerns aufgefordert, der Behörde Angaben über Aktivitäten der Friedensbewegung in den jeweiligen Orten zu machen.

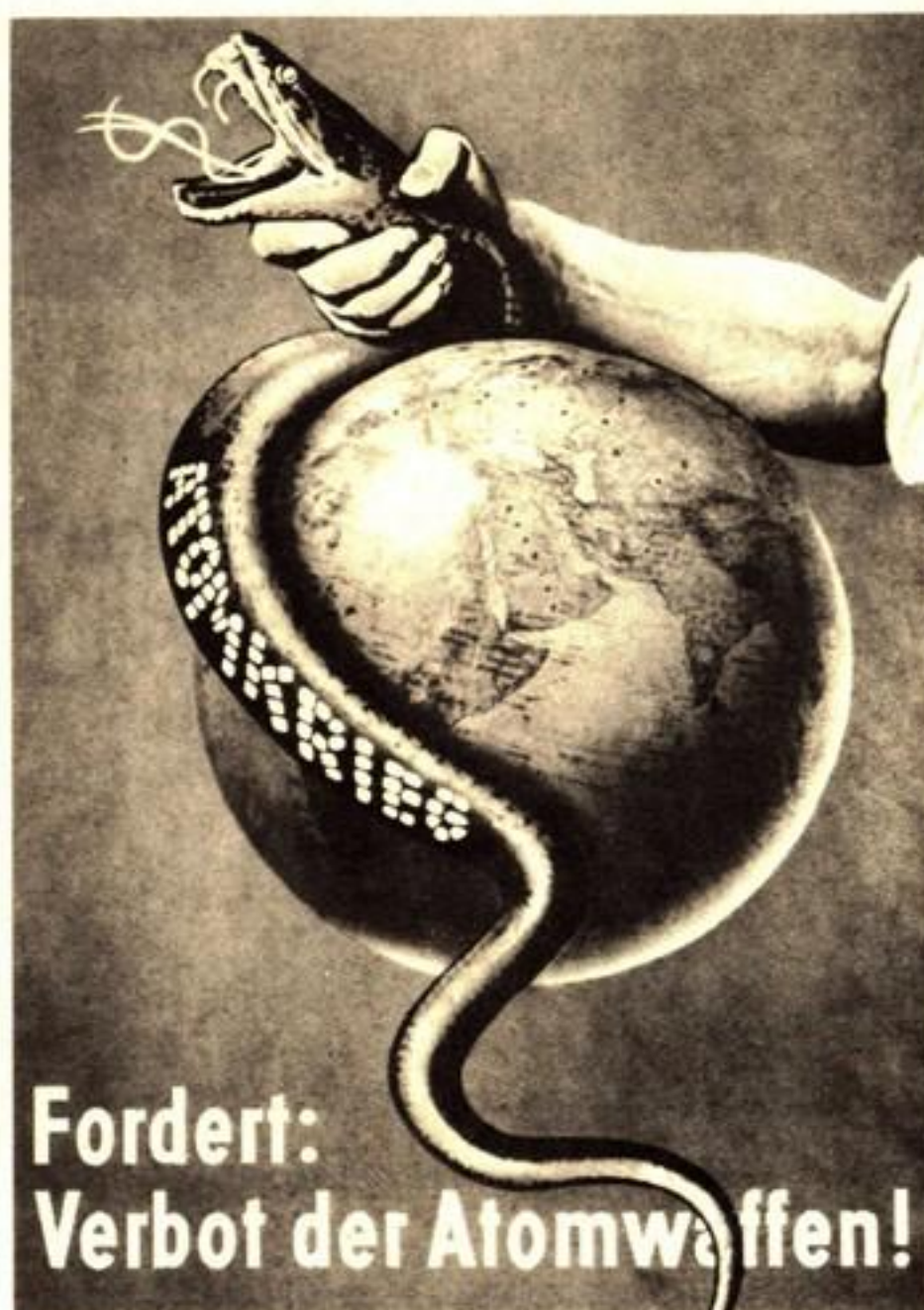
Zunächst einmal werden die Lehrer vom Ministerium dazu angehalten, ihre eigenen Schüler zu bespitzeln, indem sie Meldungen über Unterschriftensammlungen und ähnlichen Aktionen an den Schulen machen. Darüber hinaus sollen sie aber auch noch in anderen Bereichen als Schnüffler für die Strauß-Regierung aktiv werden. Denn nach Maiers Wünschen sollen sie Friedensaktivitäten beispielsweise auch in den Jugendverbänden, bei Veranstaltungen, vor Kasernen, in Betrieben und sogar in den Kirchen aufspüren.

Nachdem die GEW diesen skandalösen Erlaß enthüllt hatte, schwieg man sich im Münchener Kultusministerium zunächst aus. Dann aber erfolgte keinesfalls ein Dementi, sondern Maier übte sich in aggressiver „Vorwärtsverteidigung“ gegen die Proteste der Lehrer und rechtfertigte öffentlich die Schnüffellaktion.

Diese Aktion, so Maier, sei „das Selbstverständliche von der Welt“. Es gehöre nun einmal zur Sorgepflicht, daß die Schu-

len über „spektakuläre Aktionen“ berichten müßten. „Liberal sind wir schon, aber nicht blöd“, sagte Maier und meinte damit, man könne die bayrische Staatsregierung nicht für dumm verkaufen: Die ganze Friedensbewegung sei ja schließlich „kommunistisch beeinflusst“.

Für Maier und die Strauß-Regierung ist es also das „Selbstverständliche von der Welt“, daß nicht nur Polizei und Verfassungsschutz ein Netz der Bespitzelung um die Bürger Bayerns legen, sondern daß nun auch noch die Lehrer dazu herangezogen werden, dieses Netz noch dichter zu machen, damit den Herren in München keine oppositionelle Regung entgeht. Gegen Maiers Schnüffelerlaß ist entschiedener Widerstand notwendig. Denn wenn die Strauß-Leute hier nicht gestoppt werden, könnte morgen die Horrorvision Wirklichkeit werden, daß per Erlaß der jeweiligen Ministerien der gesamte öffentliche Dienst zur Spitzeltätigkeit gegen demokratische Aktivitäten verpflichtet wird.



Die sozialistische Sowjetunion führte einen konsequenten Kampf für das Verbot von Atomwaffen (Plakat von John Heartfield)

Giftgaswolken am Horizont

Die Vorbereitungen für einen Einsatz des Kampfgases CS gegen Demonstranten gehen schnell voran. Anfang Juli segnete die bayrische Staatsregierung die Verwendung des Kampfstoffes in ihrem Regierungsbereich endgültig ab; sie sparte sich dabei den Umweg über den Landtag, dessen Sicherheitsausschuß bis heute nicht einmal eine offizielle Information erhalten hat. In Dachau kam es zu der bekannten polizeilichen Einsatz-Verfügung. Während Tandler und seine gleichgesinnten weiter unverfroren die „Ungefährlichkeit“ des Kampfstoffes beschwören, mehren sich die Proteste und die Beweise für die Gefährlichkeit dieser Waffe.

Das Völkerrecht mit Füßen getreten

Die Verwendung des CS-Gases, das bereits im Ersten Weltkrieg eingesetzt wurde, wurde 1925 im „Genfer Protokoll“ völkerrechtlich geächtet. Dennoch wurde es weiter eingesetzt, unter anderem — wie sollte es auch anders sein — von den amerikanischen Truppen im Vietnam-Krieg. Dagegen protestierte die UN-Vollversammlung und bekräftigte Anfang der 70er Jahre ausdrücklich noch einmal die Gültigkeit des „Genfer Protokolls“; der Kampfstoff wurde als „gefährliche Waffe“ bezeichnet.

Inzwischen sahen sich die Politiker gezwungen, auf den in letzter Zeit verstärkt und von ganz unterschiedlichen Seiten vorgebrachten Nachweis dieses

Völkerrechtsbruchs zu reagieren.

Tandler sprach von einer „unzulässigen Gleichsetzung“ von CS mit geächteten Kriegskampfstoffen. Das ist etwas sehr plump. Schützenhilfe bekam er von seinem niedersächsischen Kollegen Möcklinghoff, der ja ebenfalls bereits öffentlich angekündigt hat, seine Polizei mit neuen Bürgerkriegswaffen auszurüsten zu wollen. Dieser kam sich sicherlich besonders schlaue vor mit seiner Behauptung, eine Verbindung zu dem völkerrechtlich geächteten CS-Kampfstoff sei im Falle der neuen Polizeiwaffe „entweder aus Unwissenheit oder aus Boswilligkeit“ hergestellt worden. Denn wie der CDU-Minister am 22. 6. in Hannover mitteilte, bestehe „das Mittel aus dem CS-Alkohol-Gemisch, auf dessen Herstellung und Lagerung die Bundesrepublik feierlich ver-

zichtet habe.“ (Zitiert nach „Frankfurter Rundschau“ vom 23. 7.). Wie die FR weiter meldet, habe Möcklinghoffs Ministerium nicht angeben können, bis zu welchem Verdünnungsgrad das Verbot reicht.

Auf jeden Fall ist Möcklinghoffs Stellungnahme eine pure Verhöhnung der Öffentlichkeit. Denn die von ihm angegebene Konzentration ist in hohem Maße gefährlich! Wie Wissenschaftler der Westberliner Berghof-Stiftung bereits vor vielen Monaten in einer Studie herausstellten, genügt zur schweren gesundheitlichen Schädigung, die durchaus auch zum Tode führen kann, bereits eine Konzentration von vier Milligramm CS pro Kubikmeter Trägerstoff, also ein unerhöht niedriger CS-Anteil von 0,000004 Prozent!

Volksbetrüger Am Werk

Volksbetrüger sind nicht nur Tandler und Konsorten. Volksbetrüger sind auch all diejenigen Politiker, die vor allem in SPD und FDP anzutreffen sind, die sich bisher noch nicht zu einer vorbehaltlosen Bejahung des CS-Einsatzes bereitgefunden haben, weil seine „Ungefährlichkeit“ noch nicht „eindeutig genug nachgewiesen“ sei und die zum Beispiel von Tandler forderten, Wissenschaftler zu benennen, die eine solche Einschätzung teilen. Abgesehen davon, daß Tandler sicher den einen oder anderen finden wird,

der das tut, verschweigen diese Politiker die seit Jahren, ja seit Jahrzehnten vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen, zu denen die zitierte Berghof-Studie gehört.

Aber es gibt auch innerhalb von SPD und FDP oppositionelle Stimmen. So nannte der Geschäftsführer des SPD-Bezirks Südbayern, Günther Winkler, das Warten auf ein Gutachten, wie es der stellvertretende bayerische SPD-Fraktionsvorsitzende Hiersemann fordert, „eine Farce“, weil es „sinnigerweise vom CS-Befürworter Tandler vorgelegt werden soll, nachdem schwerwiegende gesundheitliche Auswirkungen bei Einsatz des Gases bereits hinreichend bekannt sind“. Winkler erklärte weiter, er habe „aber auch nicht das geringste Verständnis dafür“, daß die SPD im Landtag in dieser Frage „nicht kategorisch dagegenhält“.

CS im Einsatz

Das CS soll eingesetzt werden gegen Massendemonstrationen. Es ist eine Bürgerkriegswaffe von verheerender Wirkung; sie wird Verwendung finden auch und vor allem gegen kämpfende Arbeiter.

Erfahrungen damit, wie Polizeitruppen mit diesem Gas umgehen, machten in den letzten Tagen die Jugendlichen proletarischer Wohnviertel in England, wo das Kampfgas zum ersten Mal massenhaft zum Einsatz gebracht wurde. Dabei kam es zu schwersten Verletzungen. In England wurden auch Gasgranaten direkt auf Menschen abgeschossen. Und niemand soll versuchen, uns einzureden, ausgerechnet die westdeutsche Polizei würde das Kampfgas schonender verwenden! Entsprechende Erfahrungen wurden bei uns mit dem Einsatz der Chemi-

schen Keule zur Genüge gemacht.

Auch die Bundeswehr hat CS

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den geplanten Einsatz von CS durch die Polizei wird manchmal darauf verwiesen, welche strenge Sicherheitsvorschriften bei der Bundeswehr bei Übungen mit diesem Kampfstoff angeordnet sind. Meist wird dabei allerdings vergessen, herauszustellen, daß auch seine Verwendung im Rahmen der Bundeswehr ein Verstoß gegen das Völkerrecht ist! Und im Falle eines „inneren Notstands“ wird auch die Armee gegen westdeutsche Arbeiter marschieren. Allerdings wird die dann viel schneller scharf schießen als heute noch die Polizei.

Immerhin sind die Erfahrungen bei der Bundeswehr für uns interessant. Wer dort mit dem Kampfstoff hantiert, muß einen speziellen Ausbildungsschein haben. Bei Übungen ist das Gelände in einem Umkreis von zwei bis drei Kilometern durch Posten abzusperren, mit denen die übenden Soldaten ständigen Telefon- und Funkkontakt haben, um sicherzustellen, daß nicht Unbeteiligte in den Wirkungsbereich geraten. Und auch Soldaten, die über Schutzmaßnahmen ausführlich informiert sind, wissen sich bei versehentlicher Aufnahme des Gases kaum zu helfen. In Berichten heißt es, „sie werfen ihre Gewehre weg, schreien, vergessen alle Selbstschutzmaßnahmen, rennen durcheinander und versuchen schnellstmöglich wegzukommen“.

Verbreitern wir den Widerstand gegen die verbrecherischen Pläne, dieses Gas gegen das Volk einzusetzen!

Kein Wahlrecht für „Verfassungsfeinde“?

ESSLINGEN. — Wer des Kommunismus verdächtig ist, der darf sich nicht zur Wahl stellen! Jedenfalls nicht, wenn er in Baden-Württemberg Landrat werden will. Diesen Schlag gegen das passive Wahlrecht landete der Esslinger Kreistagswahlausschuß mit Rückendeckung durch das zuständige Innenministerium am 23. 7., als es den DKP-Mann Hans-Dieter Wohlfahrt mehrheitlich von der Wahlliste strich.

Sechs von elf Mitgliedern des Ausschusses beriefen sich, nachdem sie zuvor einstimmig Wohlfahrts Kandidatur gebilligt hatten, auf den Paragraphen 38 der in Baden-Württemberg geltenden Landkreisordnung. Dieser beinhaltet, wie das Beamten-gesetz, eine Klausel, die von

einem Bewerber die ständige Bereitschaft zur Verteidigung der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

Das sah man bei Hans-Dieter Wohlfahrt aufgrund seiner DKP-Mitgliedschaft nicht als gegeben an. Nach der Abschmetzung seiner Kandidatur bleibt nun nur noch ein CDU-Kandidat für den Posten übrig.

Dieser Vorgang ist eine Ausweitung der Berufsverbote, die in letzter Konsequenz dazu führt, daß „Verfassungsfeinde“ die Teilnahme an Wahlen zumindest als Kandidaten entzogen wird, hintenherum, ohne sich der Mühe eines Verbotverfahrens unterziehen müssen. Dies ist eine Ausweitung des Abbaus grundlegender demokratischer Rechte, die kein demokratisch denkender Mensch hinnehmen darf. Schluß mit den Angriffen auf das Wahlrecht!

Ausweitung des Berufsverbots

TÜBINGEN. — Weil er Mitglied der DKP ist, soll Lothar Letsche nicht Angestellter sein dürfen! Das jedenfalls ist die Meinung des Vorstandes des Deutschen Instituts für Fernstudien (DIF) in Tübingen. Das DKP-Mitglied wurde entlassen.

Das ist für Lothar Letsche der zweite Tiefschlag, nachdem er bereits nicht Lehrer werden durfte: Am 31. 3. 81 bestätigte der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg endgültig die Ablehnung Letsches als Referendar. Gleichzeitig ist das ein weiteres Beispiel für den Versuch, die Berufsverbote auf den Bereich außerhalb des öffentlichen Dienstes auszuweiten. Hier zeigt sich deutlich, daß

trotz aller in letzter Zeit erreichten Erfolge und erst recht trotz der schönen Phrasen einiger Politiker der Kampf gegen die Berufsverbote nicht abflauen darf, sondern mit aller Kraft fortgesetzt werden muß!

Lothar Letsche erhielt im Rahmen eines Gütertermins vor dem Reutlinger Arbeitsgericht Recht, schon aus formalen Gründen, denn er gehörte zum Zeitpunkt seiner Kündigung dem Wahlvorstand für die Betriebsratswahlen an. Dennoch weigerte sich das DIF, ihn wieder einzustellen. Bis zum Redaktionsschluß war in diesem Fall keine neue Entwicklung zu erfahren. Im Kampf um seine Wiedereinstellung jedenfalls hat Lothar Letsche unsere Solidarität.



Giftgasdemonstration in Dachau

Todesstoß für das Asylrecht

MÜNSTER. — Die Behörden der Bundesrepublik sind bemüht, dem Asylrecht endgültig den Garaus zu machen. Einen großen Schritt auf diesem Wege tat in den letzten Tagen das Obergericht in Münster mit einer Entscheidung, die Asylbewerber zur Hinterlegung eines Geldbetrages verpflichtet, der zur Finanzierung ihrer eventuell anzuordnenden Heimreise ausreicht.

Das OVG entschied, ein Asylbewerber müsse grundsätzlich so viel Geld gespart haben, daß er seine zwangsweise oder freiwillige Rückkehr in sein Heimatland selbst bezahlen kann. Dieser skandalöse Beschluß erging in einem Verfahren (Aktenz.: 18 A 2645/80), das ein Asylbewerber aus Ghana angestrengt hatte, weil er nach gescheitertem Asylverfahren aus seinem in der Bundesrepublik verdienten Arbeitseinkommen 1350 Mark für die Rückreise zahlen sollte. Das sei völlig in Ordnung; jede Ausländerbehörde könne Asylbewerber verpflichten, den nöti-

gen Betrag bei einer Bank zugunsten der Behörde zu hinterlegen, sobald ein Antrag auf Asyl gestellt wird.

Dies sei, so das Gericht, lediglich eine „aufenthaltsbeschränkende Maßnahme“, die ebenso zulässig sei wie die Anordnung an Asylsuchende, sich nur in einer bestimmten Gemeinde aufzuhalten (die Einrichtung von Asylanlagenteilen). „Das unmittelbar aus dem Grundgesetz folgende vorläufige Aufenthaltsrecht des Asylbewerbers wird dadurch nicht berührt.“

Ein Hohn! Dieser Beschluß, konsequent angewandt, bedeutet die endgültige Beseitigung der letzten Reste demokratischen Asylrechts, den Tod vor allem des politischen Asyls.

Normalerweise darf ein Asylbewerber in Westdeutschland mindestens ein Jahr lang gar nicht arbeiten. Im Gegensatz zu dem Bewerber aus Ghana, dessen Fall der Anlaß für das Urteil war, wird er kaum über Geld verfügen. Zumal ein politisch Verfolgter, der sich mit Mühe nach Westdeutschland durchgeschlagen hat, wird nicht über 1000 Mark für seinen eventuellen Rückflug mitbringen! Einen Rückflug zudem, an dessen Ende Gefängnis oder gar der Tod stehen.

Die Brutalität und der Zynismus westdeutscher Behörden sind wirklich schrankenlos.

Meldungen

Kein Rechtsbeistand

HANNOVER. — Beamtenanwälte müssen bei einem „Anhörungsverfahren“ im Falle eines drohenden Berufsverbots auf jeden Beistand durch einen Rechtsanwalt verzichten!

Diesen ungeheuerlichen Entscheidung traf Anfang Juli das Bundesverwaltungsgericht. Scharf dagegen protestiert hat unter anderem der Republikanische Anwaltsverein (RAV). RAV-Vorsitzender Holtfort wies darauf hin, daß damit das Menschenrecht des „fair trial“, des gerechten Verfahrens, außer Kraft gesetzt würde. Dieser erneute Versuch, die Berufsverbotspraxis noch zu verschärfen, muß zunichte gemacht werden!

NS-Mörder verurteilt

HAMBURG. — Der frühere SS-Sturmscharführer Walter Stegemann und SS-Mann Ernst Benesch wurden vom Hamburger Landgericht zu sechs bzw. sechseinhalb Jahren Haft verurteilt.

Sie haben in Polen und Galizien an Massenerschießungen und der Vertreibung jüdischer Menschen in Vernichtungslager mitgewirkt. Das Urteil erfolgte nur wegen „Beihilfe“ zum Mord, trotz erwiesener Mittäterschaft. Haftbefehl wurde nicht ausgesprochen, weil „keine Fluchtgefahr“ vorläge.

Nazi-Schmierereien

BRAUNSCHWEIG. — „Wir Nazis üben fleißig für ein neues '33!'“.

Mit dieser und anderen Parolen beschierten Neonazisten Anfang Juli die Grabsteine von Opfern des Hitler-Faschismus in Braunschweig (siehe Bild). Am 4. Juni hatte sich die Mordtat an den 1933 in Rieseberg bei Königsutter erschlagenen Menschen gejährt. Ebenfalls beschiert wurde die Gedenkstätte für sowjetische Kriegsgefangene. Die Täter blieben unerkannt.



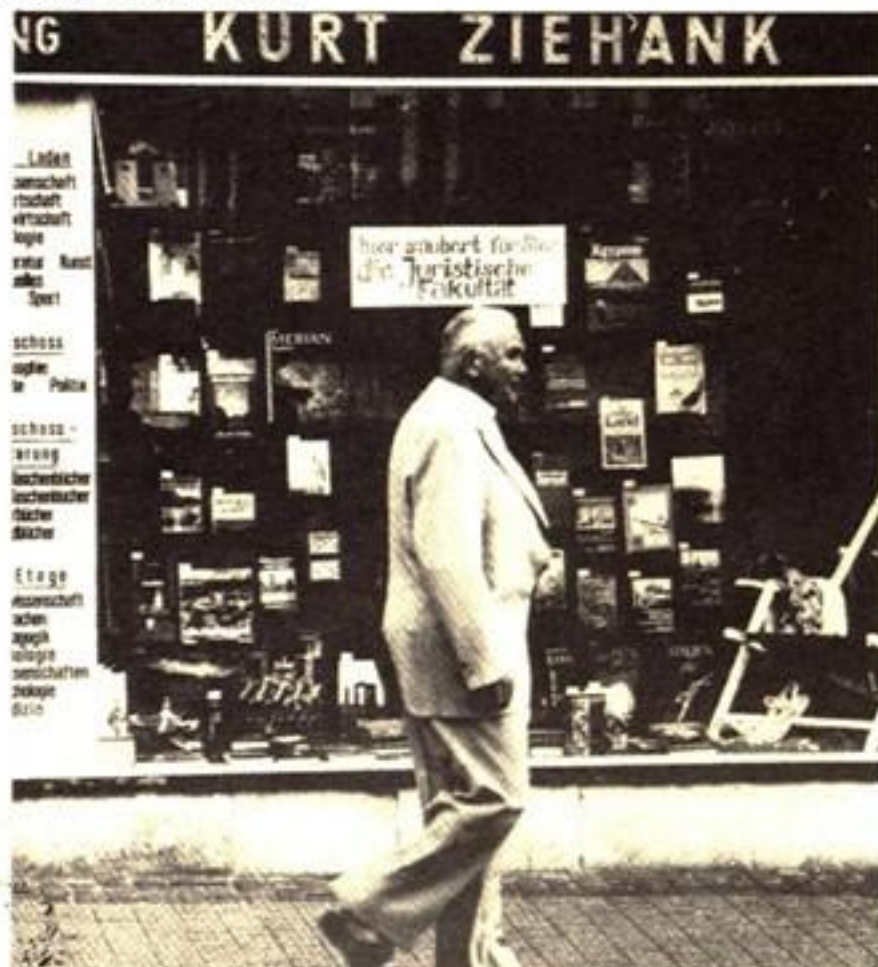
Friedhofsschändung in Braunschweig

FRANKFURT. — Am 20. Juli, dem Jahrestag des mißglückten Attentats auf Hitler, schändeten Neonazis in Frankfurt Gräber jüdischer Bürger auf fünf verschiedenen Friedhöfen. Diese Friedhofsschändungen übertreffen in ihrem Ausmaß alle bisherigen in Frankfurt festgestellten Aktionen ähnlicher Art. Auch hier tappt die Polizei angeblich im Dunkeln.

Buchhändler — Maul halten!

HEIDELBERG. — Im „Roten Morgen“ Nr. 25/81 berichteten wir über die Verfolgung des Heidelberger Rechtsanwalts Gerhard Hårdle, der für 22 Monate ins Gefängnis soll und in dessen Verfahren grundlegende Rechte der politischen Strafverteidigung außer Kraft gesetzt wurden. Das Bundesverfassungsgericht hatte am 4. Mai die Verfassungsbeschwerde Dr. Hårdles gar nicht erst zur Entscheidung angenommen. Rechtsanwalt Hårdle hat sich inzwischen an die europäische Menschenrechtskommission in Straßburg gewandt, weil in dem Prozeß gegen ihn zahlreiche Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention unternommen wurden.

Welche Kreise die Hetzjagd auf einen fortschrittlichen Verteidiger mittlerweile zieht, darüber berichtet die folgende Volkskorrespondenz.



Schaufenster der Buchhandlung Ziehank

Liebe Genossen, in einem der letzten „Roten Morgen“ habt ihr schon über das skandalöse Gerichtsurteil im Fall des Dr. Hårdle, Rechtsanwalt aus Heidelberg, berichtet.

In der Universitätsbuchhandlung Ziehank in Heidelberg hat sich dieser Skandal fortgesetzt. Am 11.6.1981 erschien in den zwei Heidelberger Tageszeitungen, „Rhein-Neckar-Zeitung“ und „Heidelberger Tageblatt“ eine Anzeige: „Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte gegen die Verurteilung des Rechtsanwalts Dr. Hårdle“, die auch sechs Angestellte der Fa. Ziehank, einschließlich der Betriebsrat und ein Ersatzmitglied unterzeichneten.

Daraufhin kündigten einige stadtbekannte reaktionäre Professoren vom juristischen Bereich der Heidelberger Uni ihre laufenden Bestellungen in der Fa. Ziehank, einige andere

drohten dies an oder bedauerten diesen Vorfall mit Begründungen wie dieser: „Ich möchte ebenso ungern wie Prof. Schneider bei meinen Buchkäufen von Buchhändlerinnen bedient werden, die es für richtig halten, gegen die deutschen Gerichte unqualifizierte Angriffe zu erheben und sich zu der Forderung versteigen, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts müßten aufgehoben werden.“ (Dr. Mußnug)

Alle Abbestellungsschreiben liefen inhaltlich in die gleiche Richtung. Die Geschäftsleitung der Fa. Ziehank sah in diesen „Vorfällen“ den willkommenen Anlaß, den eh unbequemen Betriebsrat loswerden zu können, und drohte den sechs Mitarbeitern die fristlose Kündigung an. Der Betriebsrat widersprach diesem Vorhaben natürlich entschieden, so daß gegen das Ersatzmitglied und die nicht im Betriebsrat vertretenen Kolle-

gen die fristlose Kündigung ausgesprochen wurde. Für die Kündigungen des Betriebsrates muß sich die Geschäftsleitung erst die Zustimmung vom Arbeitsgericht holen.

Doch die Geschäftsleitung hatte die demokratische Öffentlichkeit Heidelbergs vergessen. Sämtliche regionalen und überregionalen Zeitungen berichteten über diese Angelegenheit, daß Buchhändler nicht mehr ihre Meinung äußern und der Betriebsrat eliminiert werden sollte. Pressekonferenz der HBV; Solidaritätsbeweise zuhauf von fortschrittlichen Kunden der Fa. Ziehank (Fachbuchhandlung für Jura in Heidelberg), die ihrerseits Aufkündigungen ihrer Bestellungen androhten, sollten die Kollegen tatsächlich entlassen werden.

Am Freitag, den 3.7. fand der Arbeitsgerichtsprozeß statt. 120 Zuhörer verfolgten den Prozeß. Am Montag, den 6.7. erging das Urteil.

Die Anklage auf Zustimmungsersetzung zu den fristlosen Kündigungen des Betriebsrates und weiteren Kollegen wurde klar abgelehnt, mit der Begründung, es hätten ja sogenannte Druckkündigungen werden müssen, wofür keine Handhabe vorliegt, da wirtschaftlicher Druck durch erfolgte Aufkündigungen nicht in dem Maße vorliegt, um solche Maßnahmen zu rechtfertigen. Der Arbeitsrichter betonte, daß Betriebsräte ihre Meinung öffentlich äußern können müssen; der Arbeitgeber hätte sich schützend vor die Kollegen stellen und die Meinungsfreiheit verteidigen müssen, gegen die Drohungen der Professoren. Der Arbeitsrichter brachte klar zum Ausdruck, daß es überhaupt nicht angeht, daß irgendwelche juristischen Professoren über das Personal der Fa. Ziehank bestimmen können. Den bekannten reaktionären Heidelberger Juristen wurde eine Abfuhr erteilt.

Die Unterlassungsklage (das heißt, daß der Betriebsrat nicht öffentlich die Firma nennen darf, bei Meinungsäußerungen) wurde ebenfalls abgelehnt, da Betriebsräte in der Öffentlichkeit stehen. Ein voller Erfolg also für die Kollegen der Fa. Ziehank und die demokratische Öffentlichkeit Heidelbergs.

Mit solidarischen Grüßen
S.B., Heidelberg

Machen wir Zukunft aus Kohle?!

DORTMUND (Arbeiterkorrespondenz). — Tag für Tag hören wir neue Hiobsbotschaften über die Erhöhung der Benzinpreise und die Verschärfung der Wirtschaftskrise. Nach der ersten Bergbaukrise in den 60er Jahren ist nun die Stahlindustrie von Vernichtung bedroht. Massenentlassungen. Dadurch, daß weniger Koks in den Hochöfen verbraucht wird, drohen weitere Zechenstilllegungen. Muß das so sein?

Vor 45 Jahren floß zum ersten Male in einer Großanlage in Scholven Benzin aus Steinkohle. Jährlich fast fünf Millionen Tonnen — ein Viertel der Menge Benzin, die die BRD heute verbraucht, wurden aus Kohle hergestellt (1). Es herrschte damals das faschistische System der Nazis, die ein für uns heute wertvolle Technik für ihre Zwecke mißbrauchten. Am 8. Juli 1981 ging in Bottrop wiederum eine Anlage zur — versuchsweisen — Kohleverflüssigung in Betrieb (2). Wird jetzt ein Wunschtraum verwirklicht, daß die Arbeitslosen von der Straße geholt werden, neue Zeichen der Jugend Arbeit und Perspektive bieten und unsere verhängnisvolle Abhängigkeit von den amerikanischen Ölmonopolen beseitigt wird?

Das Gegenteil ist der Fall, und es ist zu befürchten, daß diese Anlage nach den eigenen Worten der Betreiber „Anfang und Ende“ (3) der modernen Kohleverflüssigung in Deutschland sein wird. So sprach ein Vorstandssprecher des Betreibers davon, bei einer Schallgrenze von „1,85 DM“ (4) sei das Benzin aus Kohle rentabel. Merkwürdig, merkwürdig, wenn man bedenkt, daß vor nicht allzu langer Zeit noch eine „Schallgrenze“ von 1,45 DM bis 1,50 DM für möglich gehalten wurde. Diese Schallgrenze ist allerdings von den Ölpreistreibern mittlerweile durchbrochen worden.

Als zweiter Hemmschuh entpuppen sich das Land NRW und die Bundesregierung als Hauptgeldgeber an dem Projekt. War die Förderung dieses Versuchsprojekts schon problematisch (5), so wird für eine Großanlage in Zukunft überhaupt kein Geld mehr zur Verfügung stehen.

Man kennt ja die gespannte Haushaltslage, und der Staat

hat im übrigen andere, nämlich profitträchtigere Pläne: Sei es der Ausbau der Kernenergie, oder sei es die Stationierung neuer Atomraketen und der Bau von Tornados.

Es bleibt die Frage: Warum handelt die Ruhrkohle als eine Mutter des Projekts so? Warum handelt der Staat so, der an der Ruhrkohle beteiligt ist? Es wäre doch vernünftig für unser Land, sich auf unsere nationalen Kohlereserven zu stützen. Damit würde unserer gesamten Wirtschaft zumindest eine verbesserte Grundlage verschafft, nachdem bereits in den 60er Jahren der größte Teil der heimischen Zechen für den Profit der deutschen und amerikanischen Ölgesellschaften geopfert wurde.

Die Antwort ist einfach, betrachtet man das folgende „Dreigestirn“:

Ruhrigas AG mit Gelsenberg = Mineralölhandel = BP

Ruhrkohle
VEBA mit Preußenelektra = Atomstrom

Die VEBA-Öl (6) ist Betreiberin der Versuchsanlage und eine Tochter der Ruhrkohle. Die Ruhrkohle selber ist durch ihre Beteiligung an der Ruhrigas AG und über die VEBA mit der Preußenelektra und anderen sowohl mit dem Mineralölhandel als auch mit der Atomindustrie verflochten. Diese bringen eben mehr Profit ein als die Kohle. Eine vernünftige Energiepolitik widerspricht also den grundlegenden Profitinteressen der Monopole, der Banken und des Staates.

(1) Ruhrkohle 7/81, S. 5; (2) ebenda, S. 4; (3) ebenda, Oschmann, S. 4; (4) ebenda, Bund, S. 4; (5) ebenda, Rau, S. 5; (6) Energieknappheit? Die gemachte Krise (Broschüre der KPD/ML), S. 16, 23; (7) ebenda, S. 32

Liebe „Roter-Morgen“-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen“ keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen“ mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTER MORGEN“!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:

KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtparkasse Dortmund
(BLZ 440 501 99) Kto-Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen“ als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Kein zweites GKN in Neckarwestheim!

Im Saal selbst führten Spitzendemos der Atommafia Baden-Württembergs das Wort.

Ministerpräsident Lothar Späth, Wirtschaftsminister Rudolf Eberle, Sozialminister Dietmar Schlee und Umweltminister Weiser stellten den Atomkurs der Landesregierung vor. Nicht nach der Lautstärke der AKW-Gegner fälle die Landesregierung ihre Entscheidungen, meinte Lothar Späth. Wessen Lautstärke dann die Entscheidung bestimme, ließ er allerdings im Dunkeln. Für die Atomkraftgegner vor und in der Halle ist das jedoch keine Frage mehr. Die geballte Macht der Energieversorgungsunternehmen, der Kraftwerksbauer wie Siemens und der Großbanken läßt die Marionetten tanzen.

Was die Demonstranten von dieser Politik und der „Anhörung“ hielten brachten sie auch lautstark zum Ausdruck. Mit Traktoren und Transparenten belagerten sie die Halle. Von ih-

nen konnte man auch tatsächlich Informationen bekommen. Über Mehltauschäden in Neckarwestheim und verstärkten Peronosporbefall in benachbarten Weinbergen, verursacht durch den GKN-Kühlturm.

Dem Lauffener Gärtnermeister Oskar Mauk wurde von GKN-Seite zwar untersagt solche „Behauptungen“ zu wiederholen und ein Prozeß gegen ihn angestrengt, Mauk will jedoch bei dem Verfahren vor dem Heilbronner Landgericht dafür sorgen, daß die Wahrheit auf den Tisch kommt. Er kann sich dabei breiter Unterstützung sicher sein. Alle Lügen, Schönfärbereien und Bestechungsversuche der Atommafia können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Energiepolitik der Regierung nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, sondern das Leben, die Gesundheit und die Umwelt gefährdet und ausschließlich Profitinteressen unterworfen ist.

Verlockende Angebote von der Landesregierung und Kernkraftwerksbetreibern liegen den Gemeinden Neckarwestheim und Gemmingen vor, falls sie mit einem zweiten Block beim Gemeinschafts-Kernkraftwerk Necker (GKN) in Neckarwestheim einverstanden sind. Mittels billigerem Strom (Kernkraft-Umlandtarif) und zusätzlichen 3,5 Millionen Mark für die Gemeindegassen soll die Zustimmungserkauft werden. Schon die Zustimmung zu Block I war auf ähnliche Weise erfolgt.

Entsprechend gering ist auch heute der Widerstand der Gemeinderäte. Bedenklich erscheint ihnen allenfalls etwaige Zwischenlagerung und Endlagerung der ausgebrannten, hochradioaktiven Brennelemente im Kraftwerk selbst. Um den Kuhhandel auf Kosten der Gesundheit und des Lebens der Bevölkerung möglichst reibungslos unter Dach und Fach zu bringen (das Genehmigungsverfahren

wird jetzt eingeleitet) inszenierte die Landesregierung in der mit Kraftwerksgeldern finanzierten Reblandhalle in Neckarwestheim eine Informationsveranstaltung. Eingelassen wurde nur, wer eine Eintrittskarte vorweisen konnte. Die wiederum erhielt nur, wer in Neckarwestheim oder Gemmingen seinen Wohnsitz hat. Der glückliche Besitzer einer solchen Karte mußte sich dann noch einer Gesichtskontrolle unterwerfen und die Adresse aufgeben können.

300 bis 400 Atomkraftgegner mußten sich so mit einem Stehplatz vor der Halle begnügen. Speziell für sie hatte man drei Hundertschaften Polizei und zwei Gruppen des Sondereinsatzkommandos (SEK) aufgebieten. So konnte sich die Bevölkerung auch davon überzeugen, daß sie vor den Atomkraftgegnern besser geschützt ist, als jedes Kernkraftwerk vor tieffliegenden Kampfflugzeugen und Unfällen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr.

- ☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer



Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abg.-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD ☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name:

Straße:

Plz./Ort:

Datum: Unterschrift:
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Diese Broschüre enthält drei Artikel, die W.I. Lenin während des Ersten Weltkriegs geschrieben hat. Lenin entlarvt darin den imperialistischen Charakter dieses Krieges, er entwickelt den Unterschied zwischen gerechten und ungerechten Kriegen und definiert — in der scharfen Polemik gegen den Opportunismus der damaligen Sozialdemokratie — die revolutionären Aufgaben, die der imperialistische Krieg den Marxisten stellt.

Diese Broschüre ist besonders gut dazu geeignet, ein Verständnis der Position des Marxismus-Leninismus in der Frage von Krieg und Frieden zu gewinnen.

Inhalt:

Sozialismus und Krieg
Das Militärprogramm der proletarischen Revolution
Bürgerlicher und sozialistischer Pazifismus
122 Seiten,

Lenin über Krieg und Frieden

LENIN ÜBER
KRIEG UND FRIEDEN

Drei Artikel

1,30

Diese von der KPD im Mai '81 herausgegebene Broschüre analysiert die gegenwärtige internationale Lage und die sich verschärfende Kriegsgefahr. Sie beantwortet die Frage nach den Ursachen dieser Kriegsgefahr und beschreibt die Position des westdeutschen Imperialismus im Spannungsfeld der beiden Supermächte. In der Broschüre wird auf der Grundlage des Friedensplans unserer Partei der Weg gezeigt, auf dem der Gefahr, daß unser Land zum Schlachtfeld eines neuen imperialistischen Weltkriegs wird, erfolgreich begegnet werden kann.

Aus dem Inhalt:

Pulverfaß BRD
Die „Wiederbewaffnung“ Amerikas
Ist der Warschauer Pakt überlegen?
Die Grenzen der Entspannungspolitik
Der Traum von Großdeutschland
Raus aus der NATO!
Neutralität!
Friedensplan der KPD
40 Seiten,

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden



2,00

Literatur und Materialien zum Friedenskampf

Karl Liebknecht zum antimilitaristischen Kampf

Karl Liebknecht der spätere Mitbegründer der KPD, war in der Zeit des Ersten Weltkriegs einer der Führer des linken Flügels der Sozialdemokratie, der im Gegensatz zum reaktionären Parteivorstand keinen „Burgfrieden“ mit den imperialistischen Kriegstreibern schloß. Liebknecht organisierte den revolutionären Kampf unter der Parole „Der Feind steht im eigenen Land!“ und wurde dafür eingekerkert.

Das hier angezeigte Buch enthält eine Sammlung von Reden, Artikeln und Flugblättern Karl Liebknechts aus den Jahren 1906 bis 1919, in denen alle Aspekte des antimilitaristischen Kampfes beleuchtet werden.

Aus dem Inhalt:
Der Militarismus
Imperialismus und Krieg

Karl Liebknecht
zum antimilitaristischen
Kampf



Kleine Bücherei der Roten Garde

Der Hauptfeind steht im eigenen Land
Was will der Spartakusbund
Trotz alledem!
120 Seiten, mit Bildteil,

2,00

Sicherheit oder Selbstmord?

Dieses Flugblatt enthält eine Erklärung des Zentralkomitees der KPD, in der zu den grundsätzlichen Fragen des Friedenskampfes Stellung genommen wird.

Flugblatt, 4 Seiten,
DIN A 5,

Sicherheit Oder Selbstmord?

Bundesbürgerinnen, Bundesbürger, das kommende Jahrzehnt wird das gefährlichste in der bisherigen Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg steht vor der Tür. In einem gigantischen Rüstungswettlauf sind die Imperialisten, allen voran die zwei

Kanonen statt Butter

Während Krise, Arbeitslosigkeit, Inflation wachsen, die Sozialleistungen Schritt für Schritt abgebaut werden, verschwenden die Regierungen der imperialistischen Staaten in wahnwitziger Aufrüstung die Steuerpfeiler der werktätigen Massen. Kanonen statt Butter ist die Devise. Dabei reichen die vorhandenen Atomwaffen und andere Massenvernichtungsmittel seit langem, den Gegner mehrfach zu vernichten. In dieser Situation ist die Stationierung jeder weiteren Atomrakete, sei es die sowjetische SS 20, seien es die amerikanischen Pershing 2 oder Cruise Missiles, ein Schritt näher zum Abgrund.

Raketen sind Magnete!

Schon heute gleicht die Bundesrepublik mit rund 7.000 auf ihrem Boden stationierten Atomraketen, Atomminen und chemischen und bakteriologischen Massenvernichtungs- einem hochexplosiven Pulverfaß. N- gendwo auf der Welt gibt es eine solche Konzentration von Waffen verhee-

100 Stück
3,00

Friedensplan der KPD

Enthält die Vorschläge unserer Partei für „Maßnahmen zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Mitteleuropa“ sowie für „Maßnahmen zum Ausbau der innerdeutschen Beziehungen“. In einem Anhang werden die Forderungen des Friedensplans, vor allem die nach dem NATO-Austritt und der Neutralität, erläutert.

Kostenlos

Deutschland darf kein Schlachtfeld werden

Friedensplan der KPD

Bestellungen an:

Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30

Viele Verwicklungen mit der gaullistischen Partei

Der Massenmord von Auriol schlägt politische Wellen

Verbot der SAC-Privatpolizei gefordert

MARSEILLE. — Immer weitere Kreise ziehen die Ermittlungen der französischen Kriminalpolizei über den Mord an dem Polizeinspektor Massie und seiner fünfköpfigen Familie in Auriol, in der Nähe von Marseille. Jetzt wurde auch Pierre Debizet, Chef der gaullistischen Privatpolizei SAC (Service d'action civique) verhaftet, nachdem einer der vier gefaßten Mörder, das SAC-Mitglied Finochietti, ihn beschuldigt hatte.

Die SAC war im Jahre 1958 von de Gaulle persönlich gegründet worden, als Organisation der Leibwächter der prominenten gaullistischen Politiker, als Sicherheitsdienst der UDR-Partei und als Wahlhilfsgemeinschaft für de Gaulle. Sie umfaßte zunächst 5000 Mitglieder und wuchs bis de Gaulles Tod auf rund 20000 „Kämpfer“ an. In jener Zeit hatte die SAC halbstaatlichen Charakter, Dienstausweise, die ihnen die Rechte von Uniformträgern gaben und die Erlaubnis, Waffenscheine auszustellen und Schießübungen abzuhalten.

Nachdem in den 60er Jahren mehrere Skandale vertuscht wurden, wobei es sich um Waffenschmuggel, Mafia-Kontakte und Zusammenarbeit mit faschistischen Terrorgruppen handelte, wurde die SAC 1969 von Georges Pompidou gesäubert und wieder auf etwa 5000 Mitglieder verringert. Im Zusammenhang mit diesen Skandalen hat es mindestens drei bis heute ungeklärte Mordfälle gegeben.

Bekannt ist auch, daß die SAC in Südfrankreich, vor allem in ihrer Hochburg Marseille Dossiers über zahlreiche Vertreter der politischen Linken zusammentrug, daß sie beispielsweise das Telefon des heutigen Innenministers Deferre, Bürgermeister von Marseille, abhörte und den Plan hatte, im Mai 1968 400 Menschen zu verhaften, um Unruhen zu verhindern.

Auch in den 70er Jahren stellte die SAC über tausend Leibwächter für Politiker der

UDR (oder RPR wie sie heute heißt) und war als Sicherheitsgruppe aktiv, behielt ihren privilegierten Status bei — und das obwohl ein gültiges Gesetz der Volksfrontregierung von 1936 die Existenz privater bewaffneter Organisationen verbietet.

Einzelne SAC-Mitglieder wurden immer wieder bei Überfällen auf ausländische Arbeiter, vor allem solchen aus Algerien, festgenommen, aber in steter Regelmäßigkeit wieder freigelassen.

Die SAC tat sich auch als Terrorgruppe gegen demokratische und revolutionäre Organisationen immer wieder hervor, während ihre Leitung ständig damit beschäftigt war, zu dementieren, daß dieser oder jener bekannte Faschist Mitglied der SAC sei.

Der in Auriol ermordete Polizeinspektor Massie war der re-

gionale Chef der SAC gewesen, der von seinem Nachfolger Maria aus dem Amt gedrängt wurde. Verschiedene Tatsachen weisen daraufhin, daß Massie nach den Präsidentschaftswahlen aussteigen wollte. So wurden beispielsweise bei ihm Kopien mehrerer Briefe an den sozialistischen Abgeordneten des ersten Marseiller Wahlbezirks, Pezet, gefunden, in denen er um eine Unterredung über die SAC bat.

Dies sollte durch den Mord offensichtlich verhindert werden und die vier Mörder, die alle der SAC angehören, schlachteten die ganze Familie. Wenige Tage vor dem Mord hatten sie sich mehrmals mit dem SAC-Chef Debizet getroffen, den Massie bereits um Schutz gebeten hatte, nachdem vor kurzem auf ihn geschossen worden war.

Tatsache ist nun, daß die vier Mörder zu jenen über hundert Marseiller SAC-Mitglieder gehören, die regelmäßig im Schießclub der Marseiller Polizei übten, und allesamt als gute Schützen bekannt waren. Tatsache ist auch, daß eines der Treffen der vier mit Debizet im regionalen Büro der RPR-Partei, der heutigen gaullistischen Partei Jacques Chiracs stattfand.

Die RPR-Führung erklärte zwar sofort nach dem Massaker, sie habe schon längst nichts mehr mit der SAC zu tun, aber die Verbindung zwischen der SAC und der RPR, sowie der französischen Polizei, der ein Großteil der SAC-Aktiven angehört, sind auf lokaler und regionaler Ebene so zahlreich, daß es kein Zufall sein kann, oder nur den politischen Ansichten einzelner Parteimitglieder entspringen könnte.

Offensichtlich ist es so, daß die SAC-Banden dadurch in Unruhe versetzt wurden, daß es eine relativ breite Bewegung gibt, die von der neuen französischen Regierung sowohl das Verbot solcher Organisationen, als auch Säuberungen im — bekanntermaßen faschistisch durchsetzten — Apparat der Polizei erwartet und verlangt.

Deshalb hat beispielsweise der Pariser RPR-Abgeordnete Toubon erklärt, dies sei der Beginn einer kommunistischen Säuberungswelle, wie man sie

etwa aus Prag kenne. Mit der SAC, bei der es ebenso schwarze Schafe geben könne, wie überall woanders auch, wolle man nur jetzt beginnen, um dann ein totalitäres Regime zu errichten. Auch der Marseiller Abgeordnete der UDF, der Partei des seitherigen Präsidenten, erklärte, für ihn sei dies alles nicht das Problem der SAC, in der es sehr viele ehrenwerte Leute gäbe.

Mit solchen Stellungnahmen wollen die Rechtsparteien in Frankreich verhindern, daß die neue Regierung dem Verlangen der französischen Werktätigen nachkommt, den faschistischen Umtreiben im Lande entgegenzutreten, was ja eben auch die Furcht der SAC-Leute ist.

Wurden aber unter der seitherigen Regierung all die SAC-Skandale verschwiegen oder wenigstens auf Sparflamme gekocht, so hat jetzt Innenminister Deferre bekannt gegeben, er werde den Antrag auf das Verbot der SAC nach dem Gesetz von 1936 stellen und es werde nun doch die — von ihm bisher abgelehnten — Säuberungsmaßnahmen in der Polizei geben müssen.

Diese jüngsten Ereignisse um SAC sind nicht nur für Frankreich von Interesse. Dort liegt es klar auf der Hand, daß das Verbot und die Verfolgung eines der Zentren der reaktionären Gewalt für die Arbeiterbewegung ein Fortschritt ist, indem eine Bedrohung beseitigt wird. SAC war nicht zuletzt auch im Streikposten aktiv. Aber diese Ereignisse sind auch wichtig für ganz Westeuropa. Zeigt sich doch, kurz nach der Enthüllung über die Verschwörung der Loge Propaganda 2 in Italien, daß es auch in Frankreich geheime Organisationen der Rechten gibt, die mit Mord, Terror und Staatsstreichplänen arbeiten.

Die Erkenntnisse, die in diesem Zusammenhang über SAC gewonnen wurden, zeigen, daß es nicht nur im krisengeschüttelten Italien oder in Spanien faschistische Verschwörungen gibt, sondern daß die faschistischen Terrorgruppen als Instrument des Kapitals in ganz Westeuropa nach wie vor aktuell sind und bei einer Verschärfung der allgemeinen Lage verstärkt eingesetzt werden.

Neue Unruhen gemeldet

Prozeßwelle in Jugoslawien

Regierung gesteht soziale Mißstände ein

BELGRAD. — Zwei Prozesse gegen insgesamt acht Angeklagte innerhalb einer Woche. Die jugoslawische Regierung geht jetzt daran, Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Forderungen der Albaner im Kosovagebiet mit den Mitteln der Justiz fortzusetzen. Dieses Vorgehen ist offensichtlich von der Erwartung geprägt, so endgültig Ruhe schaffen zu können.

Daß diese Rechnung falsch ist, zeigen Meldungen über neue Unruhen und erneute Demonstrationen aus drei Ortschaften während der Prozesse selbst. Das „schnelle Eingreifen“ der Sicherheitskräfte habe verhindert, daß die „Hetze“ der Organisatoren solcher Aktionen Verwirrung schaffe, hieß es in offiziellen jugoslawischen Nachrichten der letzten Tage.

Tatsache ist also, daß das Land nicht zur Ruhe kommt, daß der Widerstand gegen die kapitalistische und nationalistische Politik Belgrads fortgesetzt wird. In den jüngsten amtlichen Meldungen wird dabei das soziale Elend im Kosovagebiet nach und nach eingestanden. So wurde in der letzten Woche bekannt, daß es dort offiziell registriert 70000 Menschen ohne Arbeit gibt, wobei zugegeben wird, daß es noch mehr Arbeitslose gibt, die nicht registriert sind. Allein schon dieser enorm hohe Prozentsatz beweist, wie verlogen die Belgrader Behauptungen sind, es würde alles für die Bevölkerung Kosovos getan.

Dabei wurden verschiedene Sozialprogramme bekanntgege-

ben, die in nächster Zeit für das Kosovagebiet gestartet werden sollen. Neben diesem Zuckerbrot neuer Versprechungen aber wird die Peitsche der Prozesse geschwungen.

Die Urteile im ersten der beiden Prozesse sind hart: Die drei Angeklagten wurden zusammen zu 20 Jahren Haft verurteilt. Die jugoslawische Justiz erwies sich dabei als williges Werkzeug der Behörde, indem sie die Angeklagten verurteilte, weil diese Kosova gewaltsam an Albanien hätten angliedern wollen. Mit dieser Lüge versucht Belgrad seit Monaten, die berechtigte Bewegung der Albaner im Kosovagebiet als von der SVR Albanien aus gesteuert zu verleumden und so das sozialistische Albanien zum Sündenbock für die eigene Unterdrückerpolitik zu machen.

Die Gerichtsurteile jedenfalls, wie auch die Nachrichten über Arbeitslosigkeit und neue Widerstandsaktionen zeigen, daß im sogenannten demokratischen Sozialismus der Belgrader Titoisten für die Werktätigen keine Demokratie existiert, sondern nur blanke kapitalistische Ausbeutung.

Gesetzentwurf der Regierung abgelehnt

Portugals Revolutionsrat gegen Reprivatisierung

LISSABON. — Die Regierung der Demokratischen Allianz (AD) hatte im Parlament, durch die sie tragenden Rechtsparteien, bereits die Mehrheit für ein neues Gesetz über die Reprivatisierung der Banken, Versicherungen und Grundindustrien erhalten. Der portugiesische Revolutionsrat lehnte dieses Gesetz jetzt als im Widerspruch zur Verfassung stehend ab. Damit ist bereits der vierte Versuch der AD gescheitert, eine der zentralen Maßnahmen der April-Revolution von 1974 rückgängig zu machen.

Die AD hat daraufhin erneut im ganzen Land eine intensive Hetzkampagne gegen die revolutionäre Verfassung Portugals begonnen, indem sie behauptet, der Revolutionsrat und der Staatspräsident Eanes würden eine wirtschaftliche Gesundung des Landes verhindern und ihre verfassungsmäßige Positionen müßte geschwächt werden, da sonst Regieren unmöglich sei. Dabei ist ihr vor allem der Revolutionsrat, der die Aufgabe hat, die Gesetze auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin zu prüfen, ein Dorn im Auge.

Zur gleichen Zeit kündigte die Regierung Balsemao, entgegen ihren Wahlversprechungen des Vorjahres, bereits zum zweiten Mal eine drastische Verteuerung der Preise, insbesondere für Grundnahrungsmittel, an.

Da gerade die Produktion von Zucker und Getreide zuerst teilweise reprivatisiert worden war und eben diese Güter besonders teuer werden, verbindet sich der Unmut der portugiesischen Werktätigen über die Verteuerung zunehmend mit der Erkenntnis der Folgen der Reprivatisierungspolitik der AD.

Der Protest der Werktätigen wurde noch dadurch verstärkt, daß die Regierung am selben Tag, an dem sie die Preiserhöhungen für die staatlichen Unternehmen verkündete, bekanntgab, die Diäten der Abgeordneten würden von Beginn nächsten Monats an auf einen Schlag verdoppelt.

Zahlreiche gewerkschaftliche Aktionen gegen die Verteuerung und für Lohnerhöhungen fanden in den letzten Tagen

statt, wobei diese mit der Forderung verbunden waren, die Regierung solle mit der Subventionierung der Lebensmittelpreise fortfahren.

Im Kampf der Werktätigen gegen die Verteuerung, gegen das Wirtschaftsprogramm Balsemaos und der AD sind immer wieder die Forderungen nach der Verteidigung der Errungenschaften der April-Revolution vertreten. Die Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) in Portugal hatte diese Verbindung des Tageskampfes mit der Verteidigung der Revolution immer wieder als notwendig unterstrichen und es zeigt sich heute, daß dies tatsächlich unumgänglich ist. Die portugiesischen Kommunisten beteiligten sich massiv an all diesen Aktionen der letzten Zeit unter der Losung „Weg mit der Balsemao-Regierung!“.

Die erneute Zuspitzung der Lage in Portugal, vor allem aber das Scheitern der neuen Gesetzesvorlage der AD-Regierung im Revolutionsrat, hat auch das westeuropäische Kapital beunruhigt.

Die Finanzkapitalisten Westeuropas, vor allem auch der Bundesrepublik, erhoben energisch die Forderung, in Portugal müsse endlich eine „normale“ — und das heißt für sie offen kapitalistische — Politik gemacht werden, sonst könne das Land weder in die EG kommen, noch auf weitere „Wirtschaftshilfe“ rechnen.

Daß dieser Gesetzentwurf im Revolutionsrat gescheitert ist, zeigt, daß die portugiesischen Kommunisten recht haben, wenn sie die Verteidigung der gültigen Verfassung auf die Tagesordnung setzen. Denn diese Verfassung, die den Werktätigen eine Reihe sozialer und politischer Rechte sichert, steht dem in- und ausländischen Kapital heute ganz direkt im Wege bei ihrem Versuch eine kapitalistische Normalisierung zu erlangen.

Hinter einem Schleier von Friedensbeteuerungen

UdSSR lehnt Beteiligung an atomwaffenfreier Zone Nordeuropa ab

MOSKAU. — Die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Nowosti betonte in der vorletzten Woche, daß die UdSSR es ablehne, sich selbst an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa zu beteiligen.

Die Idee einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa, so schreibt Nowosti scheinheilig, sei im allgemeinen für eine Verwirklichung reif. Wer aber gemeint hatte, die UdSSR ging damit auf die — in letzter Zeit in Skandinavien immer stärker vertretene — Idee der Schaffung einer solchen Zone ein, der sah sich freilich getäuscht.

Die Idee sei gut, meldete die Agentur, aber die Beteiligung der UdSSR daran werde „künstlich hochgespielt“. Eine atomwaffenfreie Zone unter Einschuß der Kola-Halbinsel im äußersten Nordwesten der UdSSR werde es nicht geben.

Das atomare Potential der Kola-Halbinsel sei Bestandteil des weltweiten strategischen Verhältnisses zwischen der UdSSR und den USA und habe mit den nördlichen Ländern „nichts zu tun“.

Diese arrogante Weigerung der Sowjetunion zeigt, wie unerhlich die allenthalben vorge-

brachten Abrüstungsvorschläge gemeint sind.

Die Begründung anhand der Bilanz mit den USA ist keine Rechtfertigung für die ausgesprochene Weigerung, denn es geht ja um Nordeuropa und nicht darum, wohin genau die dort stationierten Raketen zielen, was ohnehin nicht zu kontrollieren ist. Das einzige Ergebnis dieser arroganten sowjetischen Haltung ist es, daß eine solche Zone dann eben nicht den ganzen Norden Europas umfaßt.

Denn diese Verweigerung der sowjetischen Regierung ändert natürlich nichts daran, daß es für den Frieden im Norden Europas sehr gut ist, wenn eine atomwaffenfreie Zone geschaffen wird, auch ohne daß die Halbinsel einbezogen wird. Aber sie wirft eben ein deutliches Bild auf die Politik der sowjetischen Regierung, zeigt einmal mehr den demagogischen Charakter der Friedensbeteuerungen Moskaus.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW





Auch in Frankreich waren es die Stahlarbeiter, die am aktivsten im Kampf für die 35-Stunden-Woche gestanden haben.

Arbeitszeitverkürzung in Frankreich

39-Stunden-Woche — ein Fortschritt

PARIS. — Eines der ersten Reformprojekte der neuen französischen Regierung ist das — Ende des Jahres zur Verabschiedung anstehende — Gesetz über die Ersetzung der (seit der Volksfrontregierung von 1936 gültigen) 40-Stunden-Woche durch die 39-Stunden-Woche. Sie soll ein erster Schritt zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bis zum Jahre 1985 sein. Um diesen Vorgang gibt es seit einiger Zeit heftige Auseinandersetzungen, in die sich alle politischen Kräfte Frankreichs eingeschaltet haben. Ist dies ein Fortschritt oder nur eine schönere Tünche als bisher — darum geht es bei diesen Auseinandersetzungen.

Auch in der Bundesrepublik hat dieser Plan der Arbeitszeitverkürzung großes Interesse hervorgerufen, denn hier steht ja nach wie vor die Forderung der Arbeiter nach der 35-Stunden-Woche im Raum.

Die Tatsache, daß die Verwirklichung dieser Forderung der europäischen Arbeiterbewegung nach Belgien nun auch in Frankreich angepackt wird, widerlegt auch die jüngste Bonner Propaganda, bei den Reformen in Frankreich handle es sich lediglich um einen „Nachholbedarf“ den der Gaullismus erzeugt habe. Tatsache ist, daß die französischen Arbeiter, die bei verschiedenen Problemen mehr Rechte haben als die westdeutschen Arbeiter, nun auch in der Frage der Arbeitszeitverkürzung voraus sind.

Trotzdem gibt es gegen die Einführung der neuen Arbeitszeitverkürzung Widerstände, vor allem von Seiten der CGT, der, von der revisionistischen KP Frankreichs geführten, größten Gewerkschaft des Landes.

Wie ist der Stand der Dinge? Nachdem Gewerkschaften und Unternehmerverband seit langem eine Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt haben, hatte die französische Koalitionsregierung gefordert, die beiden Seiten sollten zu einer raschen Einigung gelangen, ansonsten würde man per Gesetz von sich aus an die Verkürzung der Arbeitszeit gehen. Unter diesem Druck kam das Rahmenabkommen zustande, das nun für die einzelnen Branchen der Wirtschaft konkretisiert wird, um dann abschließend gesetzlich abgesichert zu werden. Dabei handelt es sich, wohl gemerkt, um die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Nun werden, von verschiedenen Seiten, vor allem drei Argumente gegen diesen Vertrag über die 39-Stunden-Woche angeführt. Die CGT betont, sie sei der Meinung, daß die 38-Stunden-Woche der erste Schritt der Arbeitszeitverkürzung sein müßte. Ein Argument, das nicht stichhaltig ist, da es der Arbeiterbewegung ja darum geht, einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche zu erreichen. Dabei wären 38 Stunden sicher besser

als 39, aber das ist keinesfalls ein Grund, sich gegen diesen konkreten Schritt, um den es nun geht, zu wenden.

Die beiden anderen Argumente, die gegen den Vertrag angeführt werden, lauten: 1. Die Verkürzung der Arbeitszeit sei ein Scheinmanöver, da sie von den Unternehmern mit der Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Produktivität verbunden wird. 2. die Überstundenregelung würde diese Verkürzung der Arbeitszeit ohnehin unterhöhlen.

Nun ist es sicherlich unwiderlegbar, daß die Unternehmer eine Erhöhung der Produktivität, eine Steigerung des Arbeitstempos nicht nur verlangen, sondern auch um jeden Preis erreichen wollen und dazu zahllose Maßnahmen treffen. Nur ist das genau so der Fall bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden. Denn die Erhöhung der Ausbeutung ist erstens immer ein Ziel der Kapitalisten, gleichgültig, von welchem erreichten Grad sie ausgeht, und sie ist zweitens gerade in den Zeiten einer solchen wirtschaftlichen Krise, wie sie Westeuropa gegenwärtig erlebt, erst recht ein kapitalistisches Ziel. Nur ist es für die Arbeiter ohne Zweifel besser, sie haben als zu verteidigende Grundlage 39 Stunden Arbeit als 40 Stunden.

Und auch die Frage der Überstunden steht so. Die jetzige Regelung sieht die Erlaubnis von 130 Überstunden pro Jahr vor. Völlig klar, daß so die wirkliche Arbeitszeit über die gesetzlich vorgeschriebene hinaus vergrößert werden kann — aber auch dies geschieht ja schon heute, von der 40-Stunden-Woche ausgehend.

Wobei es vergleichsweise so ist, daß in der Bundesrepublik die Ableistung von bis zu 400 Überstunden im Jahr verlangt werden kann, was ebenfalls zur Ausweitung der Arbeitszeit benutzt wird, ohne daß deshalb die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit hinfällig würde.

All diese Argumente gegen eine Verminderung der Arbeitszeit auf 39 Stunden sind also nicht stichhaltig. Sie gehen nicht von dem Interesse der Arbeiter aus, ihre Arbeitszeit verkürzt zu haben, und auch nicht von dem Interesse, dadurch die Arbeitslosigkeit zu begrenzen.

Welche Gründe auch immer diejenigen anführen mögen, die mit solchen Argumenten gegen die 39-Stunden-Woche angehen, sie richten sich nach ihren eigenen Interessen, nicht nach jenen der Arbeiter.

Die einzige vielleicht mögliche Begründung, diese neue Regelung abzulehnen, wäre eine aktuelle starke Bewegung für eine noch kürzere Arbeitszeit, die dadurch unterlaufen werden sollte. Aber auch dabei würde sich ja die Frage des Herankommens, des Übergangs stellen.

Das Wahlversprechen der Sozialistischen Partei Frankreichs, einer der Mittelpunkte ihres Wahlkampfes, war ja eben die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche bis 1985. Dieser jetzige Vertrag ist ein Schritt zur Erfüllung des Versprechens, das ja aus der Arbeiterbewegung aufgenommen wurde.

Es wird sich erst im Weiteren noch zeigen, ob dies wirklich erfüllt wird — denn natürlich werden die Unternehmer ihren Widerstand verstärken, je mehr die Verwirklichung der Grundforderung heranrückt.

Die Tatsache aber, der Einführung der 39-Stunden-Woche, trotz verschiedener Beschränkungen und auch die Festschreibung der zulässigen Überstundenzahl auf 130 im Jahr zeigen, wie verlogen die Bonner Propaganda ist, die Bundesrepublik sei der sozialste Staat Westeuropas und Frankreich habe einen „Nachholbedarf“. Im Gegenteil, offensichtlich haben hier die westdeutschen Arbeiter einen solchen Bedarf im Vergleich zu ihren französischen Kollegen, die beim Kampf um eine bessere, verkürzte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich weitergekommen sind. Nicht zuletzt durch ihren entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf, aber auch durch den Druck, den ihre Erwartungen auf die neue französische Regierung ausübten.

Ein Grund mehr also für die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, die Anstrengungen im Kampf für die 35-Stunden-Woche wieder zu verstärken. Weil nämlich aus dem französischen Beispiel ersichtlich wird, daß man dabei Erfolge erringen kann.

Neue Kampfaktionen in Polen

Demokratisierungsfarce beruhigt hungernde Arbeiter nicht

WARSAU. — In der letzten Woche begannen die polnischen Arbeiter, Angestellten und Bauern erneut mit größeren Kampfaktionen. Aus verschiedenen Städten, darunter aus Warschau und Lodz wurden neue Demonstrationen, Hungermärsche der Frauen und Streikvorbereitungen gemeldet. Damit ist bereits jetzt deutlich geworden, daß die auf dem Parteitag der revisionistischen polnischen Vereinigten Arbeiterpartei inszenierte Farce einer Demokratisierung nicht die weitgehend beruhigenden Auswirkungen gebracht hat, die von den Herrschenden erwartet worden waren.

Unmittelbarer Anlaß der erneuten Kampfaktionen sind die für August beschlossenen Kürzungen der Fleischzuteilung an die arbeitenden Menschen Polens. Ursprünglich war die Kürzung von 3,7 auf 3 kg monatlich für unbefristete Zeit beschlossen worden — aufgrund des breiten Protestes wurde dies jetzt zunächst für einen Monat beschlossen.

In der Debatte des Sejm (Parlament) in der letzten Woche stand die Darstellung der Notwendigkeit solcher Maßnahmen im Vordergrund. In der Sejm-Debatte wurden vom Sprecher des Haushaltsausschusses die Gründe für die wirtschaftliche Krise Polens folgendermaßen benannt: Es sei falsch investiert worden, die Preise seien zu niedrig, die Auslandsverschuldung zu hoch und der Export zu gering, und schließlich habe auch die Verkürzung der Arbeitszeit im letzten Jahr große Verlust verursacht.

Diese Begründung ist eine einzige Kampfansage an die polnischen Arbeiter. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Lohnerhöhungen und die Verhinderung von Preiserhöhungen sollen also die Ursache des gegenwärtigen Chaos sein — all die Erfolge, die die Streikbewegung

seitige Wirtschaftshilfe (RGW) begründet. Dieser Plan sah beispielsweise die ungeheuer aufwendige Modernisierung der polnischen Werftindustrie vor, die vor allem die UdSSR zu billigen Preisen beliefern muß.

Die Auslandsschulden in Ost und West, die Polen bezahlen muß, haben doch ihre Ursache nicht im Streik der Arbeiter, sondern in der kapitalistischen Wirtschaftspolitik der herrschenden bürgerlichen Klasse, die das für die Großinvestitionen notwendige Kapital schnell zusammenraffen wollte und so in den Sog der Verschuldung geriet, in dem sie jetzt gefangen ist und wofür die Arbeiter Opfer bringen sollen.

Die ebenfalls als Grund angeführten Schulden durch verteuerte Energie weisen darauf hin, daß auch die UdSSR als Energielieferant ihre Preise im Sog der amerikanischen Ölmultis in die Höhe treibt.

Das Wirtschaftsprogramm der polnischen Regierung, von General Jaruzelski auf dem Parteitag verkündet und jetzt vom Sejm abgesegnet, ist, betrachtet man es seinem Wesen nach, der Versuch, genau jene Wirtschaftspolitik fortzusetzen, an der sich der Widerstand der Arbeiter gegen die Gierek-Regierung entzündet



Erneut organisieren die polnischen Arbeiter Streiks und Kampfaktionen, die der Verteidigung ihrer unmittelbarsten und dringendsten Interessen dienen: gegen Fleischverknappung und Teuerung.

im letzten Sommer errungen hat.

So sollen jetzt die damals gemachten Versprechungen gebrochen werden, so sollen wieder im Lande benötigte Nahrungsmittel exportiert werden, und vor allen Dingen sollen die Preise erhöht werden. Alle Sprecher im Sejm betonten, dies müsse man machen, aber vorsichtig, um nicht solche Reaktionen zu erleben, wie die Kämpfe von 1970 und 1976.

Die anderen Ursachen der offiziellen Begründung werden entweder allgemein oder beiläufig genannt. Und dies, obwohl klar ist, daß gerade in den anderen Fakten die Ursachen für die jetzige Wirtschaftskrise liegen.

Die falschen Investitionen liegen doch gerade in der Einbindung der polnischen Wirtschaft in die Planung der UdSSR über den Rat für Gegen-

hat. Wobei die angekündigten Preiserhöhungen, die nicht zuletzt bei Nahrungsmitteln sehr massiv sind, der Kernpunkt des Programms sind.

Vor allem durch zwei neue Maßnahmen versuchen jetzt die neue Regierung und die revisionistische PVAP diesen Wirtschaftskurs doch noch durchsetzen zu können. Zum einen durch die Fortsetzung der auf dem Parteitag begonnenen Demokratisierungsfarce: so wurden jetzt zwölf Funktionäre der Partei und des Staates aus der Gierek-Zeit ihre damals verliehene Orden aberkannt, 16 Abgeordnete des Sejm legten ihre Ämter nieder. Dies ist die Fortsetzung jener Ereignisse auf dem Parteitag, als man die exponierten Gierek-Leute ausschloß und von anderen Fraktionen innerhalb der Partei neue Gesichter an die Front stellte.

Zum anderen wird verstärkt versucht, die Führung von Solidarität zur Unterstützung des Jaruzelski-Kurses zu bringen. Diese hatte ja auch ihre grundsätzliche Zustimmung zur Rationenkürzung und auch zu den Preiserhöhungen bereits gegeben, hatte sie allerdings an bestimmte, abschwächende, Bedingungen geknüpft.

In den letzten Tagen aber hat es sich deutlicher gezeigt, daß die Solidarität weder eine völlig einheitliche Gewerkschaft ist, noch die Millionenmassen ihrer Mitglieder ihren Führern bedingungslos folgen.

Es wurden mehrere Fälle bekannt, in denen die örtlichen Führungen von Solidarität, entweder von sich aus oder aufgrund eines offen eingestandenen Drucks von der Basis, zu Kampfmaßnahmen aufrufen, beispielsweise zu begrenzten Streikaktionen in mehreren Großstädten Polens oder eben zu den Hungermärschen der letzten Woche.

Ebenso wurde mehrmals davon berichtet, daß nationale oder regionale Führer der Solidarität, wobei namentlich mehrere jener genannt wurden, die auch im Zentralkomitee der revisionistischen PVAP sitzen, eine intensive Reisetätigkeit entfalten, um die Basis der Gewerkschaft zu beruhigen und weitere Kampfaktionen oder ihre Vorbereitungen zu verhindern.

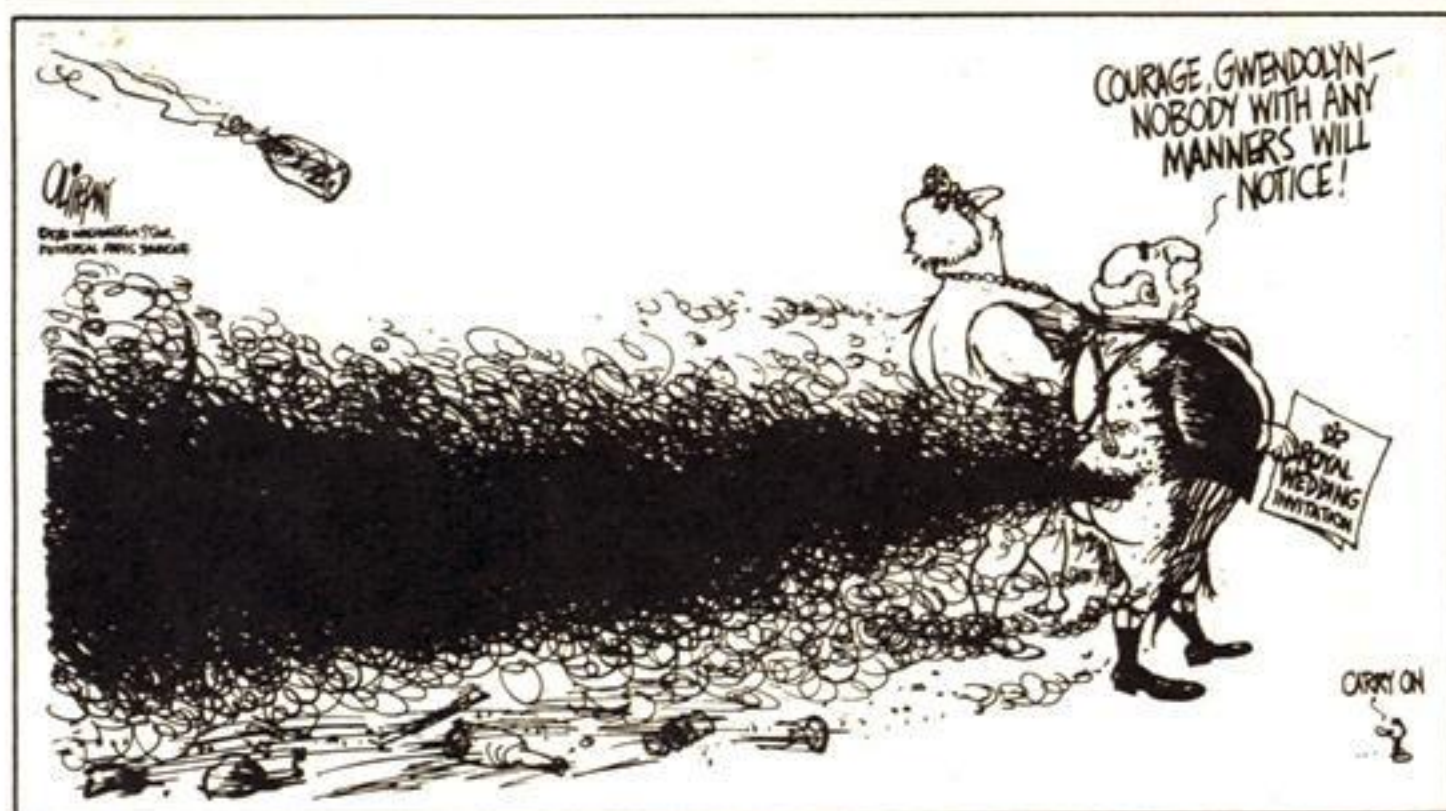
Aber in verschiedenen Fällen gelang ihnen dies bereits in der letzten Woche nicht mehr und es ist zu erwarten, daß im Laufe der weiteren Verschlechterung ihrer Lebenslage die polnischen Arbeiter erneut verstärkt zum Kampf antreten werden. Denn für sie hat dieser mit so viel Pomp propagierte Parteitag keinen einzigen positiven Schritt, keine einzige positive Maßnahme gebracht, und die inszenierte Farce wird durch den Hunger unwirksam und unwichtig gemacht.

Die dabei benutzten Propagandaschlagwörter der polnischen Regierung, der gesamten Staats- und Parteiführung gleichen in geradezu erstaunlicher Weise jenen Ausführungen, die auch beim sozialen Angriff auf die Werktätigen in der Bundesrepublik und anderen westlich-kapitalistischen Ländern benutzt werden.

Vom Opfer, das alle bringen müßten, ist dabei ebenso die Rede, wie von der gegenwärtigen Lage, die nun einmal keine neuen Zugeständnisse erlaube.

Diese ganze Entwicklungen haben in den vergangenen Tagen vor allem jene politischen Kräfte des Rakowski-Flügels der revisionistischen Partei ausgenutzt, die eine völlige Umorganisation der polnischen Wirtschaft nach liberalen Grundsätzen anstreben, die sie unter der Losung der „Selbstverwaltung“ anpreisen. Sie setzen dabei an den unsocialen Maßnahmen und der Schwerfälligkeit der revisionistischen Bürokratie an, um ihr liberales Modell zu verbreiten.

Für die polnischen Arbeiter aber wird es darum gehen, sich mit keinen Vertröstungen auf die Zukunft zu bescheiden und die gegen sie gerichteten Drohungen zu durchkreuzen, indem sie den Kampf zur Verteidigung ihrer Erfolge vom letzten Sommer und gegen die drohende Hungersnot organisieren, und sich dabei nur von ihren eigenen Klasseninteressen leiten lassen.



Königliche Hochzeitsgäste: „Nur Mut, Gwendolyn, niemand mit guten Manieren wird Notiz davon nehmen.“

Die Demontage eines „Widerstandskämpfers“

Die überraschende „Enthüllung“ des CSU-Chefs Franz Josef Strauß, er sei Widerstandskämpfer gegen Hitler und Mitglied des „Kreises 20. Juli“ gewesen, die sowieso nie ein denkender Mensch geglaubt hatte, wird zur Zeit öffentlich auseinandergenommen. Die „Stiftung Hilfswerk 20. Juli“ äußerte ihre „Verwunderung“ über die plötzliche Offenbarung des ehemaligen NSDAP-Führungsoffiziers.

„Einen Kreis 20. Juli hat es selbstverständlich nie gegeben“, stellte der frühere Präsident der Stiftung, der ehemalige Bundestagsabgeordnete Fritz Sängers, klar. Selbst die verschiedenen Widerstandsgruppen hätten den Termin des Anschlags nicht gekannt. In der Gruppe Sängers gab es lediglich die Parole „Für alle Fälle“, die das Attentat ankündigen sollte und auf deren Ausgabe hin die Beteiligten bestimmte Positionen einnehmen

sollten. Und einen „Widerstandskämpfer Strauß“ kennt auch in diesen Kreisen absolut niemand...

Mitglieder der Stiftung nannten mehrere Punkte, die die Anlässe für ihr „Erstaunen“ über Straußens Verlautbarungen sind. Bereits 1978 wurde Strauß als ehemaliger NS-Offizier für „Wehrgeistige Führung“ in der Öffentlichkeit bloßgestellt. Damals war ihm der Trick mit seiner ehemaligen Widerstandsarbeit noch nicht eingefallen. Bisher ist Strauß auch noch nie auf den Gedanken gekommen, jemals den jährlichen Gedenkfeierlichkeiten im Hof der Westberliner Bendlerstraße, in dem Graf Stauffenberg und seine engsten Mitarbeiter erschossen worden waren, beizuwohnen.

Strauß als Widerstandskämpfer — das ist wirklich ein schlechter, makabrer Witz. Dennoch überbietet sich die Münchner Staatskanzlei zur Zeit immer wieder selbst mit peinlichen Verlautbarungen. Von dem „Kreis 20. Juli“ redet man natürlich nicht mehr, aber, so verlautete kürzlich, Strauß habe immerhin in Schongau zu einem Offizierskreis gehört, der informiert gewesen sei, „daß etwas passiert“. Wer denn noch zu diesem Offizierskreis gehört haben soll, dafür gibt es bisher keinerlei Angaben!

Und die offensichtlich gefälschten Dokumente, die Strauß zur Untermauerung seiner Behauptung vorbrachte, kann selbst seine Staatskanzlei nicht

mehr stützen. So hatte es in einem vor wenigen Monaten zum ersten Mal aufgetauchten Schreiben der Entnazifizierungs-Spruchkammer Schongau geheißen: „Es ist erwiesen, daß Strauß durch seine Haltung und seine Handlungen an der Universität und bei der Wehrmacht wesentliche Nachteile in materieller und seelischer Hinsicht erlitten hat. Er war 1940 verhaftet und entging nur knapp dem Kriegsgesetz. In den letzten Jahren schwebte er ständig in Gefahr. Seit dem 20. Juli 1944 ist diese Gefahr zur höchsten Lebensgefahr geworden.“

Da sich beim besten Willen nicht einmal für die „Verhaftung“ irgendwelche Beweisstücke finden ließen und man vor einer direkten Fälschung offensichtlich zurückschreckte, mußte die Staatskanzlei in München diesem „Dokument“ eindeutig widersprechen. Strauß sei gar nicht verhaftet worden, heißt es jetzt; „ein Vorgesetzter“ habe das damals verhindert. Und deshalb gäbe es eben auch keine Unterlagen.

Dieses ganz verlogene und widerwärtige Schauspiel wirft das rechte Licht auf die wahre Persönlichkeit eines Mannes, dem die Nazis bezeugten, ein „weltanschaulich gefestigter Nationalsozialist“ zu sein, der heute wieder wirkliche Widerstandskämpfer vor Gericht zerrt und Politik in einem Stil und mit Worten macht, die er seit den Zeiten des Hitler-Reiches nicht zu ändern brauchte!

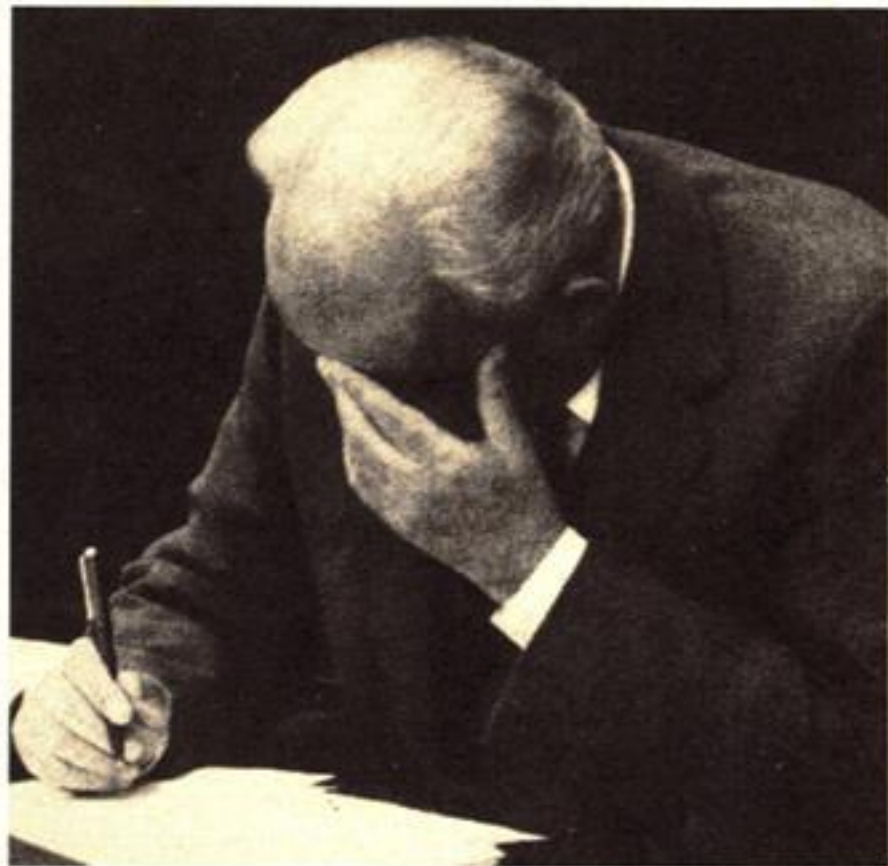
Sparen! Sparen!

BONN. — „Die Lasten des Sparprogramms werden auf alle Bürger verteilt“, verkündete Bundeskanzler Schmidt. Nun, wir hatten schon immer so eine leise Ahnung, daß die Bonner Politiker sich für etwas anderes als normale Bürger halten, und, ehrlich gesagt, wir legen auf ihre Mitbürgerschaft nicht allzu großen Wert (vorsichtig ausgedrückt). Aber wir sind nicht bereit, ihren Ausbürgerungsprozeß auch noch mit Riesensummen zu bezahlen!

Denn die Parlamentarier in Bonn wollen an der angekündigten Verteilung nicht teilnehmen. Sie wollen sich lieber selbst bedienen, und zwar, so ungeheuerlich das in diesen Zeiten klingt, aus dem ach so knapp gefüllten Steuertopf! Bundestagspräsident Richard Stücklen verkündete es dieser Tage: Die Diäten der Abgeordneten seien „nicht mehr angemessen“.

Denn ganz „im Gegensatz zu anderen“ hätten die Abgeordneten ihren Beitrag zum allgemeinen Sparen bereits geleistet, da ihre offiziellen Entschädigungen bereits seit 1977 nicht mehr erhöht worden seien. Und deshalb ist es natürlich nur gerecht, die Spitzgehälter der diät(en)bewußt lebenden Sesselwärmer in Bonn zu erhöhen, während Löhne, Arbeitslosengeld, Sozialleistungen aller Art abzubauen sind. Für das Volk allerdings wäre es viel sinnvoller, wir würden uns diese Leute ganz sparen.

Finanzminister



Er stützt den Kopf, als macht' es Kopfzerbrechen, am Haushaltsplan zu kürzen und zu streichen: wo doch schon feststeht wieder, daß die Reichen kassier'n, und wir, die Kleinen, alles blechen...



Kleiderbügel

Schloß Mountbatton, 29. Juli 1981: Seit dem Abend hängen hier die teuersten Kleiderbügel des britischen Empires, Prince und Princess of Wales (Bild). Es heißt, daß sie hier ihre Flitterwochen verbringen. Aber, wie man sieht, tut sich nichts. Die Gewänder pendeln nur leise in der Zugluft.

Schloß Mountbatton, 29. Juli 1981: Es ist der Tag der großen Prunkhochzeit. Noch am Morgen haben, statt Nachthemd, Schlafanzug und Schlafrockchen, prunkvolle Gewänder auf den hölzernen Schultern gehangen. Die Braut hat, gelenkt vom Hofzeremoniell wie eine Puppe an den Drähten, ein perlmutt- und perlenbesetztes Seidenkleid, nebst acht Meter langer Schleppe, über die Stufen der St. Pauls Cathedral hochgezogen; der Bräutigam eine Uniformbrust mit Schnallen, Orden, Schnüren protokollgemäß bewegt. So sind sie ein Ehepaar geworden, und sie dürfen nun

vereint in dem großen Kleiderschrank der königlichen Familie hängen, in dem dynastischen Muff und Mottenfraß aus über tausend Jahren.

Die beiden an eine Stange zu bekommen, war allerdings keine Kleinigkeit. 4,5 Millionen Mark hat der Aufwand, alles in allem, gekostet, und dies ist nur der Vorgeschmack. Schloß Mountbatton, 29. Juli 1981: von hier aus wird es weitergehen — Kreuzfahrten, Reisen, Empfänge, Jagden, Bälle, Turniere, Banketts, und so fort durch die Jahre, und bei jedem Anlaß natürlich die passenden Gewänder auf die toten Gestelle: Robe, Reitkostüm, Ballkleid, Galauniform, Smoking, Hermelin —, während in Brixton und Toxteth der Hunger schon begonnen hat, und die Scheiben der Geschäfte eingeworfen werden, nicht aus purem Übermut, sondern weil sich dahinter Dinge befinden, die man zum Essen und Anziehen braucht. Aber das ist ein anderes Kapitel.



Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 119.

2800 Bremen (Wall), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heidestr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD, Wellingerhofstr. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 1, Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlagen 1, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 Freiburg, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 Hamburg 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 Heilbronn, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 Karlsruhe 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Links-Rechts“, Goethestr. 25 b (Nähe Kaiseralle), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 887702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5500 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 29a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 Nürnberg, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 Osnabrück, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432308, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Tips

Sonntag, 9. August, 19.30 Uhr, ZDF

Schauplätze der Weltliteratur. Thema der ZDF-Sendereihe ist diesmal Gerhart Hauptmanns großes Drama „Die Weber“. Der Film geht den Spuren des Weberaufstands in den früheren schlesischen Dörfern Langenbielau und Peterswalden nach.

Sonntag, 9. August, 21.00 Uhr, WDR, NDR, HR III

Aufstieg vom Elend zur Armut. Beate Regli und Samuel Plattner porträtieren in ihrem Film indische Arbeiter in Bombay und zeichnen den Weg der verelendeten Massen aus den Dörfern in die Slums der Großstädte nach.

Tagebuch der Provinz. Spielfilm des brasilianischen Regisseurs Roberto Palmari über einen machtgerigen und skrupellosen Politiker im Brasilien der 30er Jahre.

Mittwoch, 12. August, 22.40 Uhr, ZDF

Hier kein Ausgang — nur Übergang. Yaak Karsunko schildert in seinem Fernsehfilm die Desillusionierung einer jungen Friseurin, die aus der DDR in den „Goldenen Westen“ flieht. Mit Regine Lamster und Ernst Jacobi.

Mittwoch, 12. August, 19.50 Uhr, Südwest III

Trafic. Komödie von und mit Jacques Tati.

Donnerstag, 13. August, 21.15 Uhr, ARD

Scheibenwischer. In Dieter Hildebrandts satirischer Sendung tritt unter anderem auch der Liedermacher Walter Mossmann auf.

Donnerstag, 13. August, 21.00 Uhr, Südwest III

Bertolt Brecht. Zum 25. Todestag des großen sozialistischen Dichters bringt der Südwestfunk Lieder und Gedichte Brechts, vorgetragen von Theresie Giehse.

Freitag, 14. August, 20.15 Uhr, ARD

Rosen für den Staatsanwalt. Film von Wolfgang Staudte über einen ehemaligen Nazi-Richter, der als Oberstaatsanwalt in der Bundesrepublik plötzlich mit seiner Vergangenheit konfrontiert wird. Mit Martin Held und Walter Giller.